

# Volkswocht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze 4/6, durch die Expeditionen der „Volkswocht“, Neue Gausenstraße Nr. 2 und Neue Zwickauerstr. 12, sowie durch alle Vorzüge zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.30 Rmt. monatlich 1.76 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Durch die Volkswacht-Verlagsanstalt sind die Zustellungsgebühren 2.46 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3143  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Dankkonto: Dank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau  
Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verträge, Besprechungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittele 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

# Das Ruhrpanama vor dem Reichstag.

## Die Rechtsverletzung durch den Bürgerblock erwiesen. Große Ueberzahlungen an die Ruhr-Industriellen.

Berlin, 10. Dezember. Die Sitzung wird um 14 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Untersuchungs-Ausschusses über die Beschlüsse der an die Ruhrindustriellen ausbezahlten Beträge.

In dem vom Ausschuss gefassten Beschluß wird festgestellt, daß die rechtliche Verpflichtung der Zahlungen des Reichs durch die Beschlüsse der Reichstagsversammlung erwiesen ist. Unabhängig davon, ob eine privatrechtliche Bindung vorliegt, habe man es bei der ohne Wissen des Reichstags vorgenommenen Zahlung mit einer objektiven Verletzung des Staatsrechts zu tun. Doppelzahlungen an den Ruhrkohlenbergbau seien nicht erfolgt, dagegen Ueberzahlungen in erheblichem Umfange aus der Abgeltung der Kohlenlieferungen, der Kohlensteuer ufm. Es wird weiter festgestellt, daß die Ansprüche derjenigen Geschädigten, mit denen ein Sonderabkommen getroffen worden war, wesentlich günstiger behandelt wurden, als die Ansprüche der übrigen Geschädigten. Unbestritten sei auch, daß eine ausreichende Abgeltung der Arbeiter- und Angestelltenbeiträge, sowie der erwerbstätigen Mittelklasse des Ruhrgebiets zugeflogene Schadens bis heute zum Teil noch nicht erfolgt sei. Der Ausschuss hält es für erwünscht, daß die der Großindustrie gewährte Vergünstigung durch ausreichende Entschädigung der Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes ausgeglichen wird.

Der Berichterstatter Abg. Effer (Ztr.) beantragt, den Bericht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

### Abg. Limberg (Soz.)

Stellt als durch die Ausschussverhandlungen für erwiesen fest, daß die Ruhrindustriellen Hunderte von Millionen erhalten haben, während unzählige andere Geschädigte leer ausgegangen sind. Nur durch einen Zufall ist es bekannt geworden, in welcher Weise die kleine Schicht der Schwerindustriellen bevorzugt worden ist. Zuerst hat der Bergarbeiterverband Aufklärung darüber verlangt. Eine Woche später, im Januar 1925, hat endlich der damalige Reichsausschuss eine Denkschrift über diese Vorgänge gegeben, worin keine Kundt gegeben werden. Erst nach dem Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion ist endlich die Denkschrift erschienen und der Untersuchungsausschuss eingeleitet worden. Die von einigen Seiten aufgestellte Behauptung, die Sozialdemokratie habe von den Entschädigungen an die Großindustriellen gewußt, hat sich als unklar herausgestellt. Der Redner erinnert dann daran, daß die Sozialdemokratie im preussischen Landtag seinerzeit den Antrag gestellt hat, die Vicium-Lasten auf das ganze Reich zu übertragen. Das ist damals von den Reichsparteien und den Kommunisten abgelehnt worden.

Die Industriellen im Westen haben die größte Schuld daran, daß es überhaupt zur Ruhrbesetzung gekommen ist. Sie haben sich in der Inflation ungeheuerlich bereichert. Professor Heimann in Hamburg hat ausdrücklich

### Die Inflation als ein bewußtes Klassenkampfmittel der besitzenden Klassen gegen die Arbeitermittel

bezeichnet. Das deutsche Volk ist systematisch von den Leuten geschädigt worden, denen später 700 Millionen Markt ausgezahlt worden sind. Herr Stinnes hat ausdrücklich gesagt, die Gefahr, daß noch weitere Teile des deutschen Gebietes besetzt werden könnten, sei nicht so hoch einzuschätzen, man werde dann einfach die Zahlungen einstellen und auf diese Weise an den Reparationsverpflichtungen überhaupt vorbeikommen. Wiederholt kam es zu Verhandlungen mit der Reparationskommission, aber Stinnes hat stets die Auffassung vertreten, daß es keine Verständigung mit den Reparationsgläubigern geben dürfe. In dieser Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, die Ruhrbesetzung zu verhindern, spielte Stinnes mit dem Gedanken der Schaffung einer besonderen Ruhrprovinz. Im Reichswirtschaftsrat erklärte er, daß die deutschen Arbeiter 15 Jahre lang täglich zwei Stunden länger arbeiten müßten. An der Stabilisierung der Währung hatten die Großindustriellen kein Interesse. Schließlich führten diese inneren Treibereien in Deutschland zum Ruhrkampf.

Noch zwei Tage vor der Besetzung erklärte Stinnes, er bedaure, nicht genug Dynamit zu haben, um alle Produktionsstätten im Ruhrgebiet in die Luft zu sprengen.

(Hört! Hört! links.) Gegenüber dieser Katastrophenspolitik forderten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei die Liquidation des Ruhrkampfes. Man hat aber erwartet, bis es zum Zusammenbruch kam. Stinnes ging zu den französischen Generalen, damit diese die deutschen Arbeiter zwingen, ein bis zwei Stunden länger zu arbeiten. Die französischen Generalen haben es allerdings abgelehnt, sich in die deutschen sozialpolitischen Angelegenheiten einzumischen. Nach der Katastrophe kam die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Arbeitslöhne. Der deutsche Bergarbeiterverband hat festgestellt, daß die Bergarbeiter in dieser Zeit um 200 Millionen Markt geschädigt worden sind. Durch die Schuld der Schwerindustriellen haben die Arbeiter und mit ihnen die Handel- und Gewerbetreibenden im Ruhrgebiet viele hunderte Millionen verloren. Dafür sind aber den Schwerindustriellen 700 Millionen Markt ausgezahlt worden.

Der Bericht des Ausschusses stellt schließlich fest, daß die Zahlung dieser Entschädigung eine Gesetzesverletzung war und der Briefwechsel zwischen Stresemann und den Ruhrindustriellen keine Rechtsverpflichtung darstellt. Es sind Ueberzahlungen vorgekommen, über deren Höhe die Meinungen allerdings auseinandergehen. Die Sozialdemokratie hat diese Ueberzahlungen auf 87 Millionen Markt berechnet. In vielen tausenden von Fällen ist bis heute der entstandene Schaden nur zum kleineren Teil ersetzt worden. Der Ausschuss muß jetzt endlich so schnell und so umfassend als möglich hergestellt werden, vor allem durch gerechte Entschädigung der Arbeiter, Angestellten und des gewerblichen Mittelstandes. Dazu hat aber der letzte Reichstag nicht den Willen.

Wir werden daher an das Volk appellieren, und wir haben keinen Zweifel, daß dieser Reichstag die Diktierung dafür bekommen wird, daß er auch in dieser Frage verliert hat. (Sehhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lindeiner-Wildau (Dnat.) behauptet, daß der deutsch-nationale Abgeordnete Hufferich schon im November 1922 werkbefähigende Steuern verlangt habe, um das weitere Wachsen der Inflation zu verhindern. Im Ausschuss wurde zwar festgestellt, daß objektiv eine Verletzung des Staatsrechts vorlag, aber mit Ausnahme der Kommunisten waren alle Parteien darin einig, daß ein subjektives Verschulden der beteiligten Minister nicht vorzuwerfen sei.

Abg. Effer (Ztr.) spricht die Hoffnung aus, daß ein gründliches Studium des umfangreichen Ausschussberichtes zuständiger Organe und den demagogischen Behauptungen von einem „Ruhr-Panama“ und von einem Riesengeldentzug an die „Ruhr-Industrie“ ein Ende machen werde.

Abg. Wimmerfeld (D. Vp.) verteidigte Stinnes gegen die Angriffe des Abg. Limberg.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) warnt davor, die jetzt erwirte Angelegenheit als nebensächlich zu betrachten. Die Vorzugsbehandlung der Ruhrindustrie sei durch die Untersuchungen des Ausschusses erwiesen.

### Abg. Robert Schmidt (Soz.)

zur persönlichen Bemerkung: Herr v. Lindeiner-Wildau hat eine falsche Darstellung über meine Aussage im Ausschuss und über die Vorgänge der Kabinettsitzung am 1. November 1923 gegeben. Ich habe stets anerkannt, daß eine moralische Bindung für die Regierung zur Entschädigung an die Ruhrindustriellen vorlag. Der damalige Reichskanzler Stresemann aber hat, obwohl ich als Wiederkaufminister reformmäßig beteiligt war, mich nicht zu den Verhandlungen mit Hugo Stinnes zugezogen. Als die Vorlage an das Kabinett kam, erklärte ich, daß ich ihr nicht zustimmen könne, da ich an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen sei. Darum haben wir Sozialdemokraten uns der Stimme enthalten. Im übrigen standen wir sozialdemokratischen Minister unter dem Eindruck, daß diese Frage noch nicht entschieden sei, sondern sie selbstverständlich dem Reichstag in einem Nachtragsetat unterbreitet werden müsse. Da wir an demselben Tage aus dem Kabinett ausschieden, hatten wir auf die fernere Entwicklung der Angelegenheit keinen Einfluß mehr. Heute habe ich die Auffassung, daß man mich zu den Verhandlungen mit Stinnes nicht hinzugezogen hat, weil man wußte, daß ich einen solchen Art der Berechnung und Entschädigung niemals zugestimmt hätte.

Das Haus vertagt sich schließlich auf Montag

## Ein erfreulicher Wahlerfolg.

### Nachwahlen zum Landtag von Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 11. Dezember. Bei den heutigen Landtagswahlen in den Wahlbezirken Setow und Grambow-Wendischhof, die auf Beschluß des Wahlprüfungsausschusses des Landtages wegen vorgetommener Wahlverfälschungen vorgenommen wurden, erhielten die Demokraten über 60 Stimmen in beiden Bezirken mehr als bei den Landtagswahlen am 22. Mai dieses Jahres. Da ihnen damals nur sieben zu einem zweiten Mandat fehlten, wird nunmehr ein weiterer demokratischer Abgeordneter in den Landtag einziehen. Die gegenwärtige demokratisch-sozialistische Regierung erfährt dadurch eine bedeutende Festigung, da sie parlamentarisch nicht mehr von den Kommunisten abhängig ist. Kommunisten und bürgerliche Opposition auf der einen Seite und Regierungsparteien auf der anderen Seite verfügen nunmehr über die gleiche Anzahl der Sitze. Es stehen sich auf beiden Seiten je 26 Abgeordnete gegenüber.

### Unglückliches wieder Oberkommandierender.

London, 11. Dezember. (Eigener Funkenbericht.)

Wie aus China gemeldet wird, hat General Chiang Kai-shek, der vor einigen Monaten von seinem Posten als Oberkommandierender der chinesischen Nationalarmee zurückgetreten war, kürzlich das Oberkommando über die Vereinigte Nationalistische Armee übernommen.

## Bilanz des Faschismus.

Von Angelica Balabanoff, Paris.

Genossin Balabanoff, die berühmte Revolutionärin im italienischen Aufstand und leidenschaftliche Feindin Mussolinis, spricht am kommenden Mittwoch in der öffentlichen Versammlung der Partei.

Nach fünf Jahren faschistischer Diktatur weiß jeder Italiener, daß es in Italien weder Gerechtigkeit noch Verantwortungsgefühl gibt, sondern nur Abenteuerlust, Willkür und Nützlichkeit der fa: sistischen Clique. Die Bilanz des faschistischen Regimes hat allein für das Jahr 1925 ergeben:

118 Gemordete, 1699 Schwerverletzte, 11 308 Verhaftungen, 380 Zerstörungen von Häusern und Büros, 10 982 Hausdurchsuchungen, 1521 Gerichtsverfahren mit 10 861 Angeklagten und 5407 Verurteilten.

Hinzu kommen noch die unzähligen Deportierten, mit denen überhaupt keiner Prozess gemacht wird, und deren genaue Zahl nicht nachweisbar ist. Trotzdem konnte Mussolini Anfang 1927 zu seiner „Rechtfertigung“ anführen, daß es in Italien „nur“ 930 Verbannene (!) gäbe. Auch muß man bei dem Verzuge, die Zahl der Deportierten festzustellen, in Betracht ziehen, daß gerade unter ihnen die Sterblichkeit sehr groß ist. So schildert z. B. ein Deportierter die Lage folgendermaßen: „Die Räume sind von einem unbeschreiblichen Schmutz und Gestank, das Wasser wird aus Palermo gebracht. Die Deportierten erhalten samt Familie etwa 1,50 Mark pro Tag. Die Geschäftsinhaber, die auf der unbewohnten Insel einzig von der Ausbeutung der Deportierten leben, nutzen sie schamlos aus. Für das kleinste Vergehen wird man mit Gefängnisstrafen und Prügelein bestraft. Spione und Propagandisten auf Schritt und Tritt. Ueberhaupt ist es ein Zustand, dem man nicht lang Widerstand zu leisten vermag: Durst, Hunger, Krankheiten, physische und moralische Qualen machen dem Leben ein rafftes Ende.“

Die Bevölkerung ist so sehr an die Todesstrafe im alltäglichen Leben gewöhnt, fühlt sich seit fünf Jahren dem faschistischen Massenterror und der absoluten Willkür so völlig ausgeliefert, daß die allgütige Einfügung der Todesstrafe in das Gesetzbuch und die Abschaffung der Geschworenengerichte mit der größten Gleichgültigkeit aufgenommen wurden.

Denn jahrelang haben wir erleben müssen, daß jeder beliebige Italiener, der irgend einem Nützlichere oder „Würden-träger“ des Faschismus nicht genehm war, ohne weiteres niedergeschlagen werden durfte und sein Märder freigesprochen, beehrt, gefeiert wurde. Der Abgeordnete Genosse Matteotti durfte am hellen Tage von faschistischen Banditen entführt und ermordet werden. In das Schlafzimmer des Abgeordneten Pilati drangen faschistische Mörder ein, weckten ihn und verletzten ihn tödlich in Anwesenheit seiner Frau und seines Sohnes, um dann nach dem Tode Pilati freigesprochen und gefeiert zu werden. Der demokratische Abgeordnete Amendola wurde von Faschisten wiederholt blutig geprügelt, bis er seinen Wunden erlag.

Mchtige Genossenschaftsanlagen der werktätigen Massen, deren Wert viele Millionen sozialen Eigentums darstellte, wurden geplündert, verbrannt und in die Luft gesprengt.

Hunderte von Zeitungredaktionen wurden zerstört; alle Gewerkschaftshäuser und Volkshäuser wurden vernichtet, ihr Eigentum von den Bolschewiken (!) dieser Weltentarten gestohlen; an Tausenden und Aberausenden weiselofer Menschen wurden Gewalttaten und Raubakte verübt. Es gibt keinen Ort, in dem nicht mindestens eine blutige Strafexpedition an wehrlosen Unschuldigen verübt worden ist.

Su herrscht im ganzen Lande seit fünf Jahren dauernder Kriegerzustand und Standrecht. Nicht nur für einzelne, sondern für Unzählige ist das Leben in Italien so sehr zur Qual und Schmach geworden, daß der Tod eine Erlösung bedeutet.

Auch die „Außerordentlichen Gerichte“, die von den Faschisten eingeführt worden sind, werfen ein grelles Licht auf das Wesen des „revolutionären Regimes“. Alle politischen „Verbrecher“ werden ihnen überwiesen; als Richter fungieren ausnahmslos Offiziere der faschistischen Miliz. Täglich werden von diesen Gerichten Urteile gefällt. Es genügt, unter dem Verdachte (!) des Antifaschismus zu stehen, um wegen Verhöhnung und Vergehens gegen die Sicherheit des Staates“ verurteilt zu werden, und zwar zu 3 bis 15 bzw. 18 Jahren Zerknirschung.

Ein weitere Form der Einschüchterung für Italiener, die dem Faschismus nicht genehm sind, ist die „Verwarnung“. Dem Verwarnten ist zwar gestattet, in seinem Wohnort zu bleiben, aber nur unter strenger Polizeiaufsicht, weder darf er sich vom Wohnort entfernen, noch zu einem politischen Versammlungswesen in irgendwelcher Beziehung treten. Sogar wird er außerdem gezwungen, schriftliche Verantwortung für jedes unfaschistische Äußerung, die in seinem Wohnort eventuell (!!) ausgeübt werden sollte, zu übernehmen. Die Verwarnten können keine Besitztümmer erwerben, dürfen keine öffentlichen Ämter annehmen und sich nach einer bestimmten Stunde nicht mehr auf der Straße

zeigen. So mancher dieser „Bermantien“ hat es vorgezogen, sich deportieren zu lassen, als im Gefängnis zu werden.

Die falsche „Gesetzgebung“ ist nichts anderes als die Sanktionierung des Terrors, die Unterdrückung jedes Schattens persönlicher Freiheit, jeder Selbständigkeit des Parlaments und der Gemeinden, die Unterdrückung auch sämtlicher freien Berufe; bekanntlich werden die Nichtsachverständigen aus allen Berufen, sogar den sogenannten freien Berufen (Rechtsanwälte, Journalisten, Lehrer), geistlichen und dadurch jeglicher Existenz möglichst beraubt.

Vier Aktenstücke wurden gegen Mussolini verhängt:

1. von Zamboni am 4. November 1925;
2. von Frau Gibson am 7. April 1926;
3. von Lucetti am 11. September 1925;
4. von Zamboni am 21. Oktober 1926, dem jungen Knaben, der an Ort und Stelle getötet wurde.

Jedes dieser vier Aktenstücke gab Veranlassung zu neuen Staatsstreichen, zu neuen Verfolgungen, Gewalttaten und Repressalien. Alle Parteien, auch die liberale Giolitti und Savandra, sind ausgelöscht, alle nichtfaschistischen Zeitungen sind unterdrückt.

Spionage und politische Funktionen werden nicht nur von der Polizei, sondern auch von der sehr umfangreichen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenmiliz, d. h. von der sogenannten „Nationalmiliz“, ausgeübt. Italien ist zum Muster eines Polizeistaates geworden, im Vergleich zu dem das zaristische Rußland ein freihellischer Staat war.

Im zaristischen Rußland hatte die Willkür eine Grenze; es gab Gesetze, deren Verletzung sogar vom Selbstherrschertum nicht gebietet wurde. Die Gesetze selbst — wie reaktionär sie auch waren — wurden von den zu diesem Zweck ernannten verantwortlichen Beamten ausgeübt. In Italien handelt es sich um Bande, die nicht aufhören zu plündern, zu morden, sich fremdes Eigentum durch Erpressungen und Gewalttaten anzueignen, weil ihnen absolute Straflosigkeit garantiert wird.

So ist die faschistische „Revolution“ eine blutige Farce; sie ist im Terror geboren, durch Terror behält der Faschismus die Alleinmacht; der Terror wird immer mehr zu seiner Hauptfunktion, weil der Faschismus sich — trotz seiner Alleinherrschaft — immer schwächer fühlt.

### Schulgesetz und Volkspartei.

Dr. Cremer über die Politik der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 11. Dezember. Gestern abend sprach hier auf Einladung der Deutschen Volkspartei in öffentlicher Versammlung Reichstagsabgeordneter Dr. Cremer über die Politik der Deutschen Volkspartei. Der Redner bejauerte u. a. eine durchgreifende Verwaltungsreform zur Erzielung von Ersparnissen. Der jetzige Kündellische Schulgesetzwurf sei für die Deutsche Volkspartei unannehmbar. Eine Bindung sei in dieser Frage bei der Koalitionsschließung nicht eingegangen. Der Zusammenbruch des Schulgesetzes bedeute die Sprengung der Koalition und Auflösung des Reichstages. Bei den nächsten Wahlen werde die Deutsche Volkspartei allein in den Kampf ziehen. Eine Parole für ihn heute anzugeben, sei verfrüht. Würde es jedoch wegen der Schulfrage zu Neuwahlen kommen, so würde diese die Parole bilden.

### Hilfslosigkeit oder böser Wille?

Die Reichsregierung führt ein Urteil des Staatsgerichtshofes nicht aus.

Die Reichsregierung hat dem Verlangen Preußens nach einer Vertretung im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft bisher noch immer nicht nachgegeben, trotzdem der Anspruch der preussischen Regierung schon vor Monaten vom Staatsgerichtshof als berechtigt anerkannt worden ist. Man hat im Reich bis jetzt nur so getan, als ob man das längst rechtskräftige Gerichtsurteil ausführen wollte und sich an die Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahn mit der Anfrage gewandt, ob der eine oder andere vielleicht freundlichst geneigt sei, von seinem Posten zurückzutreten und einem preussischen Regierungsvertreter Platz zu machen. Dabei stellte sich heraus, daß kein Mensch daran denkt, die Anfrage der Reichsregierung mit einem Verzicht auf den gut bezahlten und einflussreichen Posten zu beantworten.

Staatspolitisch läßt sich diese Komödie auch noch von einer anderen Seite aus betrachten. Was ist das für eine Reichsregierung, die es noch nicht mal fertig bekommt, eine ihr durch sein Amt und die politische Zusammenarbeit nahegehende Persönlichkeit des Verwaltungsrats der Reichsbahn zum Rücktritt zu veranlassen? Die Hilfslosigkeit, die aus der Gefesse des Reichsblochs spricht, ist doch nur ein Beweis dafür, wie wenig

sich die Reichsregierung bei ihren eigenen Freunden durchsetzen vermag.  
Der ganze Vorgang scheint überhaupt in die geradezu unhaltbaren Verhältnisse hinein, die sich bei den durch den Dawes-Vertrag selbständig gewordenen Unternehmungen des Reiches entwickelt haben. Der Präsident der Reichsbank durchkreuzt willkürlich die Wirtschaftspolitik des Reichswirtschaftsministeriums. Die Herren vom Verwaltungsrat der Reichsbahn pressen auf die Verwaltungs- und Hoheitsinteressen der Reichsregierung, weil es ihnen in ihrem Amt gar zu gut gefällt. So, es ist schon so weit gekommen, daß selbst die „Germantia“ den Verzichtswilligen der Staatsgerichtshofes zu Hilfe rufen will und erklärt, die Reichsregierung würde es keineswegs als unfreundlichen Akt ansehen, wenn die preussische Regierung ein Vollstreckungsurteil erwirken würde.

Auch zu dem Verhalten des Herrn Luther muß noch ein Wort gesagt werden. Es gilt überall im Leben und auch in der Politik als eine selbstverständliche Pflichtenpflicht, daß man ein politisches Vertrauensamt aufgibt, das man unter falschen Voraussetzungen erhalten hat, um so mehr, wenn man von dem, der einen entsandt hat, zum Rücktritt aufgefordert wird. Wir stellen fest, daß Herr Luther, der sich selbst moralisch für das höchste Amt im Reich für qualifiziert hält, diese selbstverständliche Pflichtenpflicht nicht anerkennt, daß dieser Mann vielmehr sein privates Geschäftsinteresse rücksichtslos über das öffentliche Interesse stellt. Er handelt also wie ein Acker aberster Sorte. Damit hat er u. a. aber nur bewiesen, daß ihm die Charaktereigenschaften fehlen, die für ein so verantwortungsvolles Amt selbstverständliche Voraussetzungen sind.

### Neble Gesetzgebung des Bürgerblochs.

Er will noch mehr Gesetze durchpeitschen.  
Die Absicht des Bürgerblochs, in den letzten Monaten des Reichstages zutreffenden Reichstages möglichst viele Gesetze durchzubringen, tritt immer stärker hervor. Man fürchtet die veränderte Zusammensetzung des neuen Reichstages. Jetzt verlangt der Reichswirtschaftsminister unter dem Druck der Wirtschaftspartei, daß schleunigst noch das viel umstrittene Schankplattengesetz beraten werde. Der volkswirtschaftliche Ausschuss wird deshalb am Dienstag die Beratung beginnen.

Die Bestrebungen des Bürgerblochs gehen ferner dahin, auch das Mieterbeschutzesgesetz durchzupetschen. Die Regierungsparteien haben bereits am Sonnabend durchblicken lassen, daß sie unter Aufhebung der Geschäftsordnung des Wohnungsausschusses die Durchberatung des Mieterbeschutzesgesetzes bis Weihnachten möglichst erzwingen wollen.

### Die Befordnungsfrage vor der Verabschiedung.

Beide Ausschüsse haben die Vorlage durchberaten.  
Berlin, 10. Dezember (Eigener Bericht). Der Haushaltsausschuss des Reichstages beendete am Sonnabend die zweite Lesung des Beamtenbefordnungsgesetzes. In einer Entschließung wurde die Reichsregierung ermahnt, die überfälligen Vorstöße, die auf das neue Gesetz gewährt wurden, nicht wieder einzuziehen. Ab Dienstag soll sich das Plenum mit dem Befordnungsgesetz befassen.  
Berlin, 11. Dezember. Der Hauptausschuss des preussischen Landtages nahm am Schluß seiner heutigen Sitzung den Entwurf der preussischen Befordnungsordnung im wesentlichen in der Fassung des Unterausschusses an.

### Held gegen den Einheitsstaat.

Eine Rede in Regensburg.  
Regensburg, 12. Dezember. (Eig. Funkbericht).

In einer großen Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Regensburg, in der sich der bayerische Ministerpräsident Held über die politische Lage äußerte, gab er zu erkennen, daß die Bayerische Volkspartei den kommenden Wahlkampf unter der Losung der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns zu führen gedenkt. Bemerkenswert war allerdings die Mäßigung, mit der Dr. Held diesmal die bayerischen Interessen vertrat. In seiner Ablehnung des Einheitsstaates ließ Dr. Held das Spessart Groß-Preußen aufmarschieren, wobei er drohte, daß ein Groß-Preußen jenseits der Mainlinie einem Zusammenschluß Süddeutschlands begegnen würde.

Aus den weiteren Ausführungen HELDS war die Schärfe bemerkenswert, mit der er sich mit den einst von der Bayerischen Volkspartei so verhassten „Vaterländischen“ auseinandersetzte, während er gegenüber den Sozialdemokraten eine auffallende Mäßigung an den Tag legte, was allerdings um so weniger zu falschen Schlüssen verleiten sollte, als Held betonte, daß die Antwort auf die Frage, mit wem sich eine Partei von der Art der Bayerischen Volks-

partei, die auf positiv christlichem Standpunkt steht, koalieren könne, nicht schwer ist. Dies läßt im Zusammenhang mit seinen übrigen Ausführungen nicht erkennen, daß Dr. HELDS sympathisch für seine deutschnationalen Koalitionsgenossen schon gänzlich losen ist.

### Reichskonferenz des Reichsbanners

Försting zum Konflikt in der Eisenindustrie. Vorbereitung der Wahlen.

Magdeburg, 11. Dezember. (Eigener Funkbericht).  
Am Sonnabend und Sonntag fand in Magdeburg die Reichskonferenz des Reichsbanners Schwabens, Kärntens und Osttirols statt, an der neben Delegierten aller Gaue auch Vertreter der drei republikanischen Parteien teilnahmen. Der Bundesvorsitzende Försting sprach am Sonnabend über die politische Lage und führte dabei aus: Die verfahrenere wirtschaftliche und politische Lage verläßt die inneren Auseinandersetzungen außerordentlich, so daß folgenstößere wirtschaftliche und politische Auseinandersetzungen drohen. Was sich jetzt im Westen abspielte, ist eine Machtsprobe zwischen dem Kapital auf der einen und den Hand- und Kopfarbeitern auf der anderen Seite. Entscheidend ist nicht die Stillegebungsdrohung. Entscheidend ist, wenn Firmen von ihren Arbeitern die Unterstützung unter einer Revers verlangen können, in dem sich die Arbeiter verpflichten müssen, keiner Gewerkschaft mehr anzugehören und so versucht, die Arbeiter in die Masse der Unorganisierten und das Lager der Gelben zu treiben. Wenn die Industriellen im Westen jetzt einen Erfolg erzielen, dann wird es für die Arbeiter nur einen geben: Verzicht auf die Gewerkschaften oder ein Kampf von ungeheurem Ausmaß, der auch uns als Reichsbanner wegen seiner politischen Folgen nicht gleichgültig sein kann.

Försting wies dann darauf hin, daß die Gegner der Republik mit ungeheuren Geldmitteln in den Wahlkampf hineingehen würden. Auch die Kommunisten würden, wie die Hamburger Wahlen zeigen, von Moskau reichlich Geld erhalten. Das Reichsbanner dagegen sei nicht mit Geldmitteln ausgestattet. Trotzdem werde es den Wahlkampf mit aller Schürffähigkeit und Einteilung für den Bestand der republikanischen Parteien, für Parlamentarismus und für Demokratie.

Am Sonntag fand eine eingehende Aussprache statt, die sich auf Grund der Erfahrungen der Wahlen in Hamburg, Gelsenkirchen u. a. mit organisatorischen Fragen befaßte.

### Tagung der freiheitlichen Studenten

Konferenzen der republikanischen und der sozialistischen Studenten.

Heidelberg, 12. Dezember. (Eigener Funkbericht).  
Am Sonnabend und Sonntag fand hier der Kartelltag der republikanischen Studenten Deutschlands und Oesterreichs statt. Vertreten waren sämtliche Universitäten und Hochschulen Deutschlands. Die Tagung endete mit der Annahme einer Entschließung, in der die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Personen zur Wahrung der Interessen der republikanischen Studentenkonferenz gegenüber der Reaktion an den Hochschulen zum Ausdruck gebracht wird. Im Verlauf der Veranstaltung wurde unter anderem mitgeteilt, daß sich außerhalb der parteipolitisch organisierten Studentenschaft bereits Vertreter von 16 Studentengruppen zum Deutschen Republikanischen Studentenbund zusammengeschlossen haben.

In Verbindung mit der Kartelltagung der republikanischen Studenten fand auch eine Tagung des Verbandes der sozialistischen Studenten statt. Erschienen waren 35 Delegierte, die 2900 eingeschriebene Mitglieder vertraten. Der bisherige Vorsitzende der Sozialistischen Studentenschaft Dr. Friedländer, wurde wiedergewählt. Die Konferenz nahm schließlich zu dem preussischen Studenten-Konflikt eine Entschließung an, in der das energische Vorgehen des preussischen Landtages und vor allem der sozialdemokratischen Landtagsfraktion begrüßt wird. Dem Vorstand der deutschen Studentenschaft wird der Vorwurf gemacht, daß er durch seine reaktionäre antisemitische Einstellung den Gedanken der studentischen Selbstverwaltung schwer geschädigt habe. Dadurch sei auch der Beweis erbracht, daß es für die sozialistische Studentenschaft außerhalb Preußens unmöglich sei, in der derzeitigen deutschen Studentenschaft mitzuarbeiten.

### Ein erfreuliches Ergebnis.

Die österreichische Gendarmerie in der Mehrheit freigewerkschaftlich.

Wien, 10. Dezember (Eigener Drahtbericht). Die österreichische Regierung hatte nach dem 15. Juli u. a. auch die Personalvertretung der Gendarmerie aufgestellt und um den Einfluß der freien Gewerkschaften bei den Gendarmen herabzumindern. Inzwischen haben die Neuwahlen trotz eines unerhörten Terrors zu einem erfreulichen Erfolg der freigewerkschaftlich organisierten Gendarmerie geführt. Sie erhielten insgesamt 80 Mandate, während die gelben Gewerkschaften es nur auf 51 brachten.

## Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Kalbfleisch-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

6] (Nachdruck verboten.)

Nun jedoch hatten die beiden Verspätung, und es blieb keine Zeit zum Schwärzen. Der Vater bestellte gebratenes Kaninchen, aber Bunny verspürte keinen Appetit darauf — wegen des überfahrethen Kaninchens, das er am Morgen auf der Straße gesehen hatte. Er wählte Schweinebraten. — Ist Schweinebraten er nicht gebacken. Die Kellnerin gab ihm eine extra große Portion, weil ihr der ununter, braune, rotenwangige Junge gefiel, dessen Haar vom Wind verzaust und dessen Mund empfindsam wie der eines Mähdens war. Seine keiteren braunen Augen durchschweiften den ganzen Raum, betrachteten alles: die Klammertafeln an den Wänden, die Flaschen, die Speisen, die lustige letzte Kellnerin und die müde, magere, die sie bediente. Er erheiterte sie, indem er ihr von dem Erlebnis mit dem Verkehrs- volligsten erzählte. Sie hingegen warnte die beiden vor einer weiteren Falle kurz hinter der Stadt; — der Mann, der neben Bunny lag, war erwünscht worden und hätte zehn Dollar Strafe zahlen müssen. So gab es vielerlei, worüber man sprechen konnte. Vater gab der Kellnerin einen halben Dollar Trinkgeld, eine unangenehme, fast unnormalische Sache, aber sie nahm das Geld dennoch.

Sie fuhren langsam, bis sie die Falle hinter sich hatten; dann aber ruffen sie über einen breiten Boulevard, der den Namen „Nielsen-Beg“ trug. Hier hatten die Straßen häufig seltsam klingende Namen: „Leinfelsgarten-Beg“, „Rando-Beg“, „Landsend-Beg“, „Landsend-Beg“. Es gab auch eine „Telegraphen-Straße“, und das regte den Knaben auf; er hatte von einer Schlacht im Bürgerkrieg gelesen, wo um den Besitz einer „Telegraphen-Straße“ erbittert gekämpft worden war. Nun bemerkte er hinter allen Büschen die Japaner-erben zu sehen, sah die Kanarische über die Felder hinweg. Er schaute zu seinem Vater hin, und der Vater fragte: „Was ist das?“ „Das ist, was ich dachte nur nach.“ Ein merkwürdiges Kind! Dieser hat immer irgend etwas vor!

Was ich hier nach noch sprang Namen, die von den fremden Beobachtern des Pöbels voller Etwas beobachtet wurden. Bunny verstand sie, weil er Spanisch lernte, an eines

Tages mit mexikanischen Arbeitern umgehen zu können. „El Camino Real“ bedeutete: „Die königliche Landstraße“ und „Verdugo Canon“ den „Heuer-Hohlweg“. Was ist hier gefahren, Vater? Vater kannte die Geschichte nicht; außerdem war er der Ansicht, die Weltgeschichte sei größtenteils „Schwimmbad“.

VII.

Nun war diese Straße aus Asphalt; sie schimmerte in der Hitze; dort, wo sie abfiel, sah sie wie ein Meer aus. An beiden Seiten Orangebäume; dunkelgrüne, leuchtende Bäume, golden mit einem Teil der alten Erde, Schneeweiß mit den Blüten der neuen. Bisweilen trug ein Windstoß süße Däfte durch die Luft. Es gab auch Weinbäume, mächtige, ippig belaubte Bäume, die auf den gepflügten braunen Boden schwarze Schatten warfen. Blühende Rosenbüsche erstreckten sich längs der Straße, acht bis zehn Fuß hoch. Hoch auftragende hegere Eucalyptusbäume hielten den Wind ab; sie hatten lange gekraufelte Blätter; ihre Ände schälte sich, so daß der nackte Stamm sichtbar wurde.

Hier mußte man abermalis langsamer fahren und unentwegt die Straße im Auge behalten; es gab zahllose Straßen und Wege, die auf die Landstraße mündeten, der Verkehr ging auf beiden Seiten vor sich; man mußte das Vorfahren genau berechnen und darauf achten, nicht von einem entgegenkommenden Auto zu scharfen gefahren zu werden. Es war interessant, Vater beim Denken zu beobachten.

Alle fünf bis zehn Meilen erreichten sie eine Stadt, machten immer wieder langsam fahren, wurden stets von neuem gezwungen, ein Tempo einzuhalten, das eine gesunde Schmecke gezeigt hätte. Die Landstraße mündete stets in die Hauptstraße der Stadt; dafür hatten schon die Kaufleute gelernt, erklärte Vater; sie hofften, die Vorüberfahrenden würden ansteigen und etwas kaufen. Würde die Landstraße an den Fortschrittsbüchsen auszuweichen, sah außerhalb der Stadt hängen. Die Kaufleute kamen ihr nach und würden dort ihre Läden eröffnen. Bisweilen verfuhr sie sogar durch falsche Wegweiser den Fremden in eine Geschäftsstraße zu locken. Vater bemerkte bezauberte Staune mit der belustigten Komposition eines Mannes, der sie nach jedem anderen gegenüber angewandt hat. Aber er fiel nicht auf sie hinein.

Jede Stadt bestand aus zehn, hundert oder tausend vollständigen Wohnblöcken, die für aus funktions Willen zusammengeleitet; vor jeder Villa bestand ein Rasenplatz, und

auf dem Rasenplatz stand eine Hausfrau und bezog ihn mit einem Schlauch. Im Weichbild der Stadt waren Bauplätze zu sehen; rote und gelbe Fayen statterten mutwillig im Winde; rote und gelbe Plakate stellten Fragen und beantworteten sie umgehend: „Was?“ „Ja.“ „Wasser?“ „Das allerbeste.“ „Beleuchtung?“ „Unübertrefflich.“ „Schulen?“ „Im Baubegriff.“ „Landschaftliche Schönheit?“ „Ubertrefflich die der Alpen.“ Ein kleiner Verkauf oder ein Zelt stand am Straßenrand, davor sah ein junger Mann, eine Feder in der Hand, bereit, nach einer Unterredung von zwei Minuten einen Kaufvertrag aufzusetzen. Diese Leute hatten das Grundstück zu 1000 Dollar den Acre erworben; sobald jedoch das Zelt errichtet worden war und die kleinen Fahren im Winde wehten, wurde es 1675 Dollar wert. Auch dies erklärte Vater dem Knaben mit gutmütiger Belustigung. Es ist eben ein großes tüchtiges Land, dieses Amerika!

Sie ließen Angel City seitlich liegen; nun führten sie abermals mit fahrplanmäßiger Geschwindigkeit; erreichten den „Beach City-Boulevard“, eine breite Asphaltstraße, auf der Tausende von Autos dahinfahren. Unzählige Bauplätze wurden angeboten; schlaue Reklamen leiteten die Aufmerksamkeit des Automobilisten auf sich, verlockten ihn, Halt zu machen. Die Bodenmakler hatten aneinander: „Laufen und eine Nacht“, oder Grimmis Märchen gelesen; sie kauften in kleinen krolligen Bureaus, die hoch in die Luft emporschossen, oder schief runden wie ein bestrickener Waizrosen, orange, rot, blau und grün, oder buntschlegig leuchtend. Es gab Ruben, wo man Limonade bekam und Obst, auch Gemüsesüden mit japanischen Verläufern; andere wiederum forberten das Publikum auf, „Amerika zu bevorzugen“. Die interessantesten Dinge wollten kein Ende nehmen; jedes einzelne erschien dem Geist eines Dreizehnjährigen aufregend und interessant. Wie stillam und reichvoll ist doch diese bunte Welt. „Weshalb tun die Leute das, Vater? Und weshalb jenes?“

Rur sag vor ihnen Beach-City, mit der breiten Allee am Ufer des Ozeans. Gads Uhr fünfzehnminütig zeigte die kleine Uhr; also fünf Minuten vor der verabschiedeten Zeit. Sie machten vor dem großen Hotel halt. Bunny blieb aus, und schon kam der Fortschrittsgeraum; freilich, er kannte ja Vater und die Dollars und halben Dollars, die in Vaters Tasche klappten. Der Portier packte die Reisetaschen und Mantel und trug sie ins Haus.

(Fortsetzung folgt.)

# Kompromiß in Genf.

## Nach langen Verhandlungen ein polnisch-litauisches Kompromiß.

Genf, 12. Dezember. (Eig. Funkbericht.) Am Sonnabend ist es in den späten Abendstunden nach fast fünf Wochen Verhandlungen endlich gelungen, eine gewisse Verständigung hinsichtlich des litauisch-polnischen Konfliktes zu erzielen. Um 10 1/2 Uhr trat der Rat zusammen, um eine Entscheidung anzunehmen, die inhaltlich darauf hinausläuft, den Weg zur direkten Verhandlung über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Polen und Litauen zu öffnen. Der Kriegszustand wird als unvereinbar mit den Grundsätzen des Völkerbundes erklärt. Litauen behält sich die Revisionsansprüche auf Vilna vor.

Den Bericht über den Gang der Verhandlungen erstattete der holländische Botschafter. Er stellte vor allem fest, daß der polnische Außenminister die Unabhängigkeit und den Selbststand Litauens in allen Verhandlungen immer wieder betont habe und jeden Gedanken einer Einmischung in die inneren Verhältnisse Litauens wiederholt von sich wies. Andererseits habe Woldemaras das Bedürfnis Litauens nach einem Einvernehmen mit Polen betont und versichert, daß der Begriff "Kriegszustand" lediglich das Nichtbestehen normaler Beziehungen bedeute, aber jeden Kriegskonflikt ausschliesse. Die litauischen Wiederkundgebungen würden nach dem Völkerbundesverfahren behandelt werden. Eine Kontrollkommission erscheine nicht notwendig. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit einem Dank für Zaleski und Woldemaras.

Der polnische Außenminister ergreift daraufhin das Wort, um seinerseits dem Berichterstatter, dem Rat, dem Sekretariat und schließlich unter allgemeiner Bewegung nach Woldemaras seinen Dank auszusprechen. Woldemaras wiederum dankt dem Rat und sprach einige freundliche Worte an die Adresse Polens. Die Erzielung der Einigung ist nur ein erster Schritt, er hoffe aber, daß die Fortsetzung leichter sein würde als der Anfang. Als dann der Vorsitzende die Sitzung gegen 11 Uhr abends nach 20 Minuten langer Dauer schloß, atmete alles erleichtert auf.

Am Sonntag empfingen Woldemaras und Zaleski die Vertreter der Presse, um die Entscheidung des Völkerbundesrates zu erläutern. Der Botschafter bezeichnete das Ergebnis als einen großen Erfolg für beide Teile und darüber hinaus für ganz Osteuropa. Praktisch würde in dem Verhältnis der beiden Länder zueinander bis auf weiteres allerdings nichts geändert. Immerhin wurde die Ausnahme der direkten Verhandlungen bereits am Sonntag durch eine französische Note Zaleski mit Woldemaras eingeleitet. Es wurde vereinbart, daß Woldemaras noch in diesem Monat seine Vorschläge über die Wiederaufnahme der Beziehungen unterbreite, dann sollen voraussichtlich im Januar in Leidsland mündliche Verhandlungen geführt werden. Falls es dabei zu Stockungen kommen sollte, ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Berichterstatter des Völkerbundes zur Vermittlung angerufen wird.

Am Montag befaßt sich der Völkerbundsrat noch mit der Salamis-Angelenheit und dem Streit um die Westerlandplatte.

### Briand bei Stresemann.

Genf, 12. Dezember. (Eig. Funkbericht.) Der französische Außenminister Briand hat dem deutschen Außenminister am Sonntag einen mehr als einstündigen Abschiedsbesuch gemacht. Im Verlauf der Unterhaltung wurden mehrere Deutschland- und Frankreichs-besondere eingehende Fragen behandelt. Briand reist heute Mittag um 1 Uhr von Genf ab.

### Wird eine Begegnung Mussolinis mit Briand vorbereitet?

Paris, 12. Dezember. (Eigener Funkbericht.) Am Sonntag fand in Genf zwischen Chamberlain, dem englischen Botschafter in Rom und Briand ein gemeinsames Frühstück statt. Die Pariser Presse erblüht darin die Vorbereitung einer späteren Begegnung zwischen Mussolini und Briand. Man ist sich aber gleichzeitig klar darüber, daß diese Begegnung doch einer längeren Vorbereitungszeit bedarf.

# Aus Schlesien.

## Sozialistische Einheitsfront in polnisch-schlesien.

Ein erfreulicher Beschluß der Bezirkskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Ost-Oberschlesien.

In der schon angeforderten Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Deutschen Arbeiterpartei in Kattowitz wurde gestern zu den bevorstehenden allgemeinen Wahlen Stellung genommen und nach einer lebhaften Diskussion mit 2 gegen 28 Stimmen das Zusammengehen mit der PPS (Polnische Sozialdemokratie) beschlossen. Die Minderheit war für ein Zusammengehen mit der deutschen Arbeiterpartei bzw. mit dem Bürgerblock.

Wir haben bereits vor Tagen darauf hingewiesen, welche grundsätzliche und praktische Bedeutung die sozialistische Einheitsfront der deutschen und polnischen Genossen in Ost-Oberschlesien hat. Der nunmehr vorliegende Beschluß der deutschen Arbeiterpartei ist um so mehr zu begrüßen, als er in der politischen Atmosphäre und bei dem oft merkwürdigen Verhalten der dortigen polnischen Genossen — von dem sich allerdings die Reichsleitung der PPS wesentlich unterscheidet — für die deutschen Sozialisten Ost-Oberschlesiens sicher nicht leicht wurde, wie ja auch die immerhin nicht unbeträchtliche Minderheit beweist, die für ein Zusammengehen für die Deutschnationalen eintrat. Der Standpunkt dieser Minderheit war allerdings insofern verfehlt, als es eine kaum erträgliche Belastung bedeuten würde, mit der politischen Verteilung jener Leute zusammenzuarbeiten, die Korfantsky, den Deutschenfreier von ehemals, ausfallen.

### Kriegsopfer-Bezirksrat für Mittelschlesien.

Am Sonntag tagte im Gewerkschaftshaus Breslau, der von 145 Delegierten aus Mittelschlesien bestellte Bezirksrat des Reichsbundes der Kriegsopferbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegesunterführten. Die Verhandlungen leitete Kamerad Bogel. Nach der Wahl des Präsidiums und der Kommissionen hielt Bundesvorsitzender Kamerad Pfänder in Berlin das Hauptreferat über die Verbesserung der Kriegsopfer und die nächsten Aufgaben des Reichsbundes.

Nach eingehender Darlegung des Kampfes im Reichsparlament an die Verbesserung der Kriegsopfer-Berichtigung betonte der Redner die Bedeutung der politischen Konstellation auch in dieser Frage. Die Beschlüsse der Reichsversammlung sind so zu verstehen und der Reichstag steht so aus, wie die Stimmzettel ausfallen. Von unter her muß bei den nächsten Wahlen eingeehelt werden, damit es oben warm wird. Reichsreferat folgte dem Vortrag.

Kamerad Neugebauer gab den Bericht über die Sekretariatsarbeit in der Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1927. Es wurden 2194 Vertretungen vor dem Versorgungsgericht mit 194 Vergleichen in dieser Zeit erledigt. Die Bestandsziffer der Berufungen ist 1059, die der Rekurse 291. Beim Versorgungsgericht wurden aus dem Bezirk 888 Sachen erledigt. Zu 861 Agitationsveranstaltungen und 38 Kreisconferenzen wurden Redner gestellt. Am 30. September wurden im Bezirk 146 Ortsgruppen und 23 Kreisgruppen mit 241 Mitgliedern gezählt. 21 neue Ortsgruppen ergeben einen Mitgliederzuwachs von 3884.

Den Kassenbericht erstattete Gauamteiler Kamerad Stöpe. Es wurde der Bezirksrat einstimmig wieder gewählt. Eine Anzahl Anträge wurden dem Gauvorstand übergeben. Nachdem Kamerad Stöpe noch über die vom Breslauer Stadtparlament beschlossene Heilversorgungs der Kriegshinterbliebenen berichtete, wurde die harmonisch verlaufene Tagung mit einem Appell zur tatkräftigen Mitarbeit im Bunde geschlossen.

**Morden bei Breg.** Zwei Tote durch eine Gasexplosion. Im Hause des Lehrers Liffel erfolgte am Freitag eine Gasexplosion, durch die das Dach zerstört und eine Wand eingestürzt wurde. Eine dort wohnende Frau Mainitz mit ihrem einjährigen Enkelkind wurde dabei getötet.

**Zobten.** Ertrunken ist der sechsjährige Schüler Gerhard Wieland. Er hatte sich auf die noch sehr schwache Eisdecke gewagt, brach ein und ertrank. Nach schwieriger Arbeit gelang es, die Leiche des Jungen unter dem Eise hervorzuholen.

**Freiburg.** Eine unerwartete Weihnachtsglut wurde der, vorwiegend weiblichen, Belegschaft der Freiburger Zuderwaren- und Honigzuckerfabrik zuwider. Die Belegschaft gehörte bisher keiner Organisation an und hat sich nun im Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiterversand organisiert. Die Folge davon war, daß die Organisation die Nachzahlung der Differenz zwischen bisher gezahltem Lohn und dem Tariflohn forderte. Die Firma hat sich anerkennenswerterweise sofort zu der Nachzahlung verstanden. So gelangen noch vor Weihnachten ca. 2000 Mark an die in Frage kommenden Arbeiterinnen zur Auszahlung.

**Gottesberg.** Seinen Verletzungen erlegen ist der Lehrhauer Ernst Rügler von hier. Er war auf der Glückhillsfriedenshoffnungsgrube verschüttet worden, wobei er einen Bruch der Halswirbelsäule erlitt.

**Liegnitz.** Rostspieltiger Gänsebraten. Einem Arbeiter in Wildschütz waren fünf Gänse abhanden gekommen. Alles Ansuchen im Dorfe blieb erfolglos. Inzwischen hatten zwei Welfer die vermischten fünf Gänse tot in einem Sack im Mais gefunden. Sie gedachten den Hund angestrichelt zu verwerfen. Zu diesem Zwecke wurden die Tiere in der Wohnung des einen gerupft und für den Verkauf präpariert. Zwei Gänse brachte der eine Welfer seiner Mutter, die andern drei Gänse wanderten nach Liegnitz zum Händler, der aber ablehnte, weil die Gänse schon „rohen“. Schließlich wurde die Sache auch somit ruchbar und Anzeige wegen Diebstahls erstattete. Das Gericht in Liegnitz verurteilte nun die beiden Welfer wegen Fundunterschlagung zu 25, bzw. 15 Mark Geldstrafe. Die Mutter wurde freigesprochen. Außerdem mußten die beiden den Eigentümer mit 100 Mark entschädigen und die Gerichts- und Rechtsanwaltskosten bezahlen.

**Landeshut.** Sonderbarer Geländeverkauf. Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß die Textilfirma Wehner & Frahm nicht nur von dem von der Stadt erworbenen Gelände in Blasdorf, sondern auch von dem anschließenden städtischen Gelände Besitz ergriffen hatte. Die Firma errichtete auf diesem ihr gar nicht gehörigen Grundstück u. a. eine Autogarage, Lager-schuppen usw. Das Stadtparlament nahm auf die Initiative der Sozialdemokratischen Fraktion hin zu diesem Sonderbaren Gelände-erwerb Stellung und beschloß, daß die Garage bis zum 1. April 1928 vom städtischen Gelände verschwinden muß.

**Kattowitz.** Hohe Strafen für unerlaubte Grenzübersteirung. Durch eine im „Dziennik Ustaw“ publizierte Verordnung des Staatspräsidenten wird für unerlaubte Grenzübersteirung eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis festgesetzt und die Ansiedlung im Grenzgebiet von besonderen Formalitäten abhängig gemacht. Für Ost-Oberschlesien gelten natürlich die durch polnische Verordnungen nicht absehbaren Bestimmungen der Genfer Konvention weiter.

**Wadowitz (Ost-Oberschlesien).** Der Staatsanwalt beschlagnahmte die Akten der Ortskrankenkasse. Wegen Veracht der Berufung wurden die Bücher und Akten der hiesigen Ortskrankenkasse beschlagnahmt. Es scheint sich aber um ein im wesentlichen politisches Vorgehen zu handeln. Da die O.S.A. hat in verschiedenen Fällen beantragt, die Akten eines deutschen Verwaltungsausschusses erhalten zu werden auf polnischer Seite Bestimmungen auszuüben die steht in einem Strafmaß gegen den Verwaltungsausschuss.

**Beniowice.** In unserem Artikel „Herrnführer“ in der Sonnabend-Ausgabe wurde vermerkt, einmal von der Schlesischen Volkspartei seinredend. Es ist natürlich, wie ja auch aus dem Inhalt hervorgeht, beiden „Schlesischen Volksrätin“

## Diktaturpläne der Deutschnationalen

Weil sie bei den Wahlen nie bekommen.

Berlin, 9. Dezember (Eigener Bericht). Die Deutschnationalen decken ihre Karten auf. Auf einer aus dem ganzen Reich beschickten Tagung, die am Donnerstag und Freitag in Berlin zusammentrat, hielt der Reichstagsabgeordnete Berndt eine grohdauernde Rede über die Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Er behauptete dabei, der Einheitsstaat würde nicht nur in Süddeutschland auf unüberwindlichen Widerstand stoßen. Das entscheidende Gewicht der gegen die Deutschnationalen nach diesem programmatischen Referat auf die vollständige Beseitigung des Volksrechts im Staat. Daher forderte der Redner, daß der Artikel 54 der Reichsverfassung, nach dem jede Regierung zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedarf, aufgehoben ist. Der Reichspräsident soll berechtigt sein, ohne Mitwirkung des Reichsparlaments Minister zu ernennen und abzurufen, und alle Reichstagsbeschlüsse durch seinen Einspruch zunächst machen können. Infolgedessen soll der Reichspräsident gleichzeitig preußischer Staatspräsident sein und den jeweiligen Reichsanführer als preußischen Ministerpräsidenten beistellen können. Andererseits muß er die verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten wahrnehmen.

Diese Pläne zeigen mit aller Deutlichkeit, worauf die deutschnationalen Politik hinaus will. Eine Stärkung der Rechte des Reichspräsidenten, wie sie hier vorgeschlagen wird und die vollständige Ausschaltung des vom Volke gewählten Reichstages würde praktisch eine Diktatur gleichkommen, die jeden Augenblick zur Wiederherstellung des monarchischen Regimes zu führen vermag. Sämtlich sind die deutschnationalen Pläne nichts anderes als ein neuer Aufbruch von der antisozialistischen Führung des Stahlhelms seit dem unvorläufigen Ausbruch der Propaganda für den schwarz-weiß-rot-wissen Wahlblock des gesamten Bürgertums im Januar nächsten. Ihre Mißerfolge bei den letzten kommunal- und Länderwahlen haben gleichzeitig gereizt, daß sie mit ihren bisherigen Wahl- und Regierungsmethoden keine Früchte ernten können. Daher jetzt diese Propaganda für den odenen Fuß. Was sagt das Zentrum zu diesen staatsfeindlichen Ausgebungen seiner Koalitionsgenossen?

## Der Verfall der SPD.

### Wieder Übertritt dreier kommunistischer Stadtväter zur Sozialdemokratie.

Bernigerode, 10. Dezember. (Eigener Bericht.) In Bernigerode a. S. sind drei kommunistische Stadtväter ordnet zur Sozialdemokratie übergetreten. In der Erklärung begründeten sie ihren Austritt aus der SPD mit, daß in dieser Partei kein Platz für Leute sei, die die Interessen der gesamten Arbeiterpartei den Vorzug vor den reinen Parteinteressen einräumen. Die Bernigeroder Stadtväter ordnen - Bertram, Müller und Schmidt - setzt sich jetzt aus 16 bürgerlichen und 11 sozialdemokratischen Vertretern zusammen; das 28. Mandat bleibt unbesetzt, weil sein kommunistischer Inhaber sich dem Befehl seiner Partei beugt und das Amt niederlegt hat, um sich dann der Sozialdemokratie anzuschließen. Ein Nachfolger nimmt für ihn nicht in Frage, da die Wahlliste der Kommunisten einen anderen Namen aufweist.

## Annahme des französischen Budgets.

Paris, 12. Dezember. Die Kammer hat gestern vor- und mittags und auch noch einen Teil der vergangenen Nacht, und zwar bis nach 1 Uhr, getagt. Sie hat mit 405 gegen 125 (Kommunisten und Sozialisten) Stimmen das Gesamtbudget für 1928 verabschiedet. Die Einnahmen stellen sich danach auf Milliarden 567 Millionen 853 176 Franken, die Ausgaben auf Milliarden 616 Millionen 114 127 Franken, sodaß das Budget mit einem Ueberschuß von 52 739 049 Franken abschließt. Im Bericht über die Regierung sagte der Ministerpräsident verabschiedung die Vertrauensfrage gegen Wänderungen. Infolgedessen, besonders der Kommunisten, hellen. Infolgedessen, besonders der Kommunisten, hellen. Infolgedessen, besonders der Kommunisten, hellen. Infolgedessen, besonders der Kommunisten, hellen.

## Neue Blamage der Wiener Polizei.

### Ein weiterer Freispruch eines „Justizrebellens“.

Wien, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Wiener Geschworenengericht stand am Sonnabend ein Kellner, der am 15. Juli den Brand im Justizpalast angelegt haben sollte. Außerdem ist er der Sachbeschädigung beschuldigt, weil er im Justizpalast die Fenster und Einrichtungsgegenstände zerstört haben soll. Der Angeklagte bestritt entschieden eine Brandstiftung, gab aber zu, aus Unvernunft in der allgemeinen Erregung im Justizpalast einige Fenster zerstört zu haben.

Die Geschworenen verneinten die Frage auf Brandstiftung einstimmig und die auf hoshafte Sachbeschädigung mit 11 gegen eine Stimme, so daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

### Hausfuchungen bei französischen Kommunisten.

Paris, 10. Dezember. Wie die „Humanité“ meldet, wurde gestern abend in den Räumen der Bürgermeisterei des Pariser Vorortes Althus Mons, die kommunistisch ist, eine Hausfuchung vorgenommen und zwar angeblich deshalb, weil auf der Bürgermeistererei eine anti-militaristische Flugchrift geschrieben und verteilt worden sei. Nach dem gleichen Blatt hat sich der Polizeikommissar abends in die Wohnung eines kommunistischen Führers begeben und dessen Möbel versiegelt, ferner sei der Leiter des Gemeindegesundheitsamtes unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Das Gemeinde-Gesundheitsamt ist verlegt worden.

### Ausweisung eines Sekretärs der Kuomintang aus Frankreich.

Paris, 10. Dezember. Die kommunistische „Humanité“ berichtet, daß der Sekretär der Kuomintang in Europa, Liaktung, vom Ministerium des Auswärtigen aufgesordert worden sei, innerhalb 8 Tagen Frankreich zu verlassen.

## Rücktritt des finnischen Kabinetts.

Helsingfors, 10. Dezember (Eigener Drahtbericht). Die nur aus Sozialdemokraten bestehende finnische Minderheitsregierung Tanner ist am Freitag zurückgetreten, da sie bei der Haushaltsberatung in zwei entscheidenden Fragen in der Minderheit blieb. Es handelte sich dabei um die Senkung des Einfuhrzolls auf Roggen zur Verbilligung des Brotes und die Verdoppelung der Einkommensteuer bzw. der Erhöhung der Steuerfreien Existenzminimums.

## Chamberlain über die englisch-russischen und die französisch-italienischen Beziehungen

London, 10. Dezember. Chamberlain erklärte in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ in Genf, wir liegen die Unterredung mit Litwinow als verstrickt an, da keine der beiden Regierungen ihren Standpunkt in der kritischen Frage geändert hat. Er habe alles in seiner Macht stehende getan, um die Sowjetvertrieder von ihrer fernen Idee zu befreien, daß die britische Regierung Angriffe auf die plane oder sie durch einen Bund kontinentaler Mächte isolieren wolle. Ueber die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sagte der Minister, nach seiner Meinung besteht genügend Aussicht auf beiden Seiten der Grenze, um jede ernste Entwicklung zu verhindern.

## Neue Parteigruppierung im amerikanischen Senat.

Washington, 11. Dezember. Der mit 66 gegen 30 Stimmen gefasste Beschluß des Senats, die Mandate der Senatoren Daza und Smith für unglücklich zu erklären, weil sie angeblich von interessierten Industriellen übermäßige Beihilfen zu ihrem Wohlstand angenommen hätten, bringt die republikanische Partei im Senat mit ihren 36 Stimmen in die Minderheit gegenüber den 47 Demokraten. Die republikanische Parteileitung hat daher mit der Gruppe der republikanischen „Insurgenten“ Frieden geschlossen und verpropagandiert ihre Sonderwünsche.

# Sammlen-Anzeigen

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
Am 10. Dezember verstarb unser Kollege  
**Ernst Wagner**  
im Alter von 60 1/2 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
**Die Ortsverwaltung Breslau.**  
Beerdigung: Am 13. Dezember, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Bernhard in  
Dürrgoy aus. 6037

Am Sonnabend, den 10. Dezember, verstarb  
unser weiterer Kollege, der pensionierte Marstall-  
bedienstete  
**Ernst Wagner**  
im Alter von 60 1/2 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
**Die freibürgerlichen Kollegen  
der städtischen Marstallverwaltung.**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13.  
Dezember, nachmittags um 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle St. Bernhard in Dürrgoy aus statt. 6038

Deutscher Metallarbeiter-Verband.  
Am Sonnabend, den 10. Dezember, früh 4 1/2 Uhr,  
verstarb unser Freund und Verbandskollege, der  
Vorschied  
**Kasimir Strojny**  
im Alter von 64 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Dienstag, den 13. Dezember, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Fried-  
hofes in Oswitz, Tor 6. 6039

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands  
Am 8. Dezember verstarb unser Verbands-  
kollege, der **pens. Schlosser**  
**Georg Thiel**  
im Alter von 49 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle 3 des Gräbischener Friedhofes. 6137

Verband für Friedentertum  
und Feuerbestattung  
**Ostgroppe Breslau.**  
Achtung! Achtung!  
**Mitglieder!**  
Mittwoch, 14. Dezember, abends 8 Uhr,  
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:  
**Jahresversammlung**  
Tagesordnung: 1. Rückblick und Ausblick.  
2. Geschäftsbericht.  
3. Vorstandswahl.  
4. Anfragen.  
Mitgliedsbuch dient als Ausweis!  
Der Vorstand. Gabriel.

**Ziegelpresse**  
zu verkaufen.  
Je Stunde ca. 3000 Ziegel. Fabrikat: Turbinenbau-  
und Maschinenbau H. & C. vorm. H. Kuhner, Meißner-  
Befähigung im Gaswerk Dürrgoy. Angebote mit Preis-  
angabe an die  
Verwaltung der städtischen Gaswerke,  
Ohlauer 21, bis 31. Dezember 1927. 14551

Das Weihnachtsgeschenk  
für unsere Jungen.  
**ERNST KRAFFT**  
**Fliegen und Funten**  
Ein Buch von Technik, Tat und Traum  
Das Buch erzählt von Luft-  
fahrzeugen, Schwimmenden  
Städten, mächtigen Fun-  
türmen, sowie vom Fernsehen  
und von der Goldmacherei.  
Mit vielen Abbildungen.  
In mehrfarbiger Einband.  
Gangleinen 3.50 RM.  
ZU BEZIEHEN DURCH:  
**Volkswacht-Buchhandlung**  
N. Graupenstr. 5 u. N. Taschenstr. 11

**Stadtheater**  
Montag 19.12.1927  
20 bis 22.15:  
**Der Diebesbrant**  
Dienstag  
19.12. bis 22.15  
8.15 West. Serie F  
**„Figaros Hochzeit“**  
Mittwoch  
15.30 bis 17.30  
Jugendvorstellung zu  
imähtigen Preis  
**Hänsel u. Gretel!**  
20 bis 22:  
8.15 West. Serie G  
**„Die verstellte Eva“!**

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 36300.  
Täglich 20 Uhr:  
**„Eine Frau  
von Form!“**  
Sonntag 12.12. 1927:  
**„Gräfin Mariza“**

**Orpheo-Theater**  
Tel.: Ring 6774  
Täglich 20 Uhr:  
**„Schinderhannes“**  
Schauspiel  
von Carl Zuckmayer.

**Thalia-Theater**  
Tel.: Ring 6700  
Täglich 20 Uhr:  
**„Anatol“**  
v. Arthur Schnitzler.

**Pianos**  
neu u. gebraucht vert. billig.  
Teilzahlungen gestattet.  
Sprachmaschinen u. Schallplatten  
**Martha Schmidt**  
Nikolaistraße 54/55. 14378

**Neue Anzüge**  
Herren- und Damen-  
**Mäntel, Zoppen,  
Beltragen  
Gardinen**  
Bettdecken  
Teppiche billig  
Zentral-Beihaus  
**Klosterstr. 28.**

**Kauf Tabakwaren**  
für den Weihnachtsbedarf im  
Zigarren- u. Cigaretten-Vertrieb  
geschäft **Emil Krebs** Str. 38  
Sorgfältige Bezugsquelle für  
Wiederverkäufer.  
Bitte genau auf Firma und  
Nummer zu achten. 14479

Seid stolz,  
**Volkswacht-  
Leser** zu sein!  
Sagt es allen, daß  
Ihr es seid, und  
sagt es vor allem  
bei Einkäufen!  
Sonder-Angebot!  
Rasierapparat nebst 10  
prima Rasierklungen  
RM. 1.50 oder Rasier-  
apparat in Nu. electrisch  
nebst 10 prima R-  
Klingen RM. 2.— ver-  
sendet streng recht  
Franko-Nachnahme.  
Joh. Müller  
Köln-Nippes, Kreuzer-  
strasse 12, Postcheck-  
konto Köln 100928.

Ein Schenkstück  
von  
**Friedrich Engels.**  
Der Ursprung menschl.  
Der Mensch als  
sozial. Wesen.  
1845. 1885. 1890.  
Kleinformat.

**Zur Allhees**  
und Matrizen, die  
innerhalb 14 Tagen  
nach Ablauf des  
Auftrages nicht  
abgeht, kann eine  
Gewähr für Rück-  
zahlung nicht über-  
nommen werden.  
Verlag  
der  
**Volkswacht**

**Ein Schenkstück  
von  
Friedrich Engels.**  
Der Ursprung menschl.  
Der Mensch als  
sozial. Wesen.  
1845. 1885. 1890.  
Kleinformat.

**Der Weihnachtsmann**  
muß unbedingt zum Einkauf von Kleider-, Schuh-,  
Kopf-, Hut-, Möbel-, Zahnbürsten, Schwämmen,  
Fußmatten, Kissen, Schuertiichern, Pinseln,  
Wäscheleinen sich in unser Geschäftslokal  
**auf der Oderstraße**  
bemühen u. mit Rasiergeräten, Toilette-Artikeln,  
Fahnselben, Geschenkboxen die Freude vergrößern.  
Wir bitten um rechtzeitigen Besuch.  
**London & Co. — Oderstraße 5**  
O. m. b. H. 2. Viertel vom Ring 14436

Die schönsten Weihnachtsgeschenke  
Klemmer od. Lorgnetten  
Operngläser u. Barometer  
Größte Auswahl □ Billigste Preise!  
**Richard Gimmif**  
Neue Schweidnitzer Straße 14, Ecke Gartenstraße,  
Für die Jugend: Metallbaukasten Stahl 14548

**Als Max und Elise heirateten**  
zeigten sie das durch ein kleines Inserat in der  
„Volkswacht“ an. Das Inserat kostete wenige  
Pfennige und die unerwartet eintreffenden Ge-  
schenke waren viele Mark wert. Darum: Auch  
die Familienanzeigen durch die „Volkswacht“.

**Breslauer Fleisch- u. Wurstfabrik**  
**Max Freudenberger** Inhaber  
Richard Kalkbrenner  
eröffnet Dienstag, den 13. Dezember, früh 8 Uhr  
**Rosenstraße 30**  
ein Verkaufslokal / Eingang neben den Fabrikationsräumen  
Eine weitere Verkaufsstelle  
befindet sich **Neudorfstraße 65**  
Jeden Dienstag: **Frische Wellwurst** 14550

**O diese Mädels  
O diese Jungens  
Je 10 lustige Kinderstreiche**  
mit vielen Bildern nach  
**Wilhelm Busch**  
kartoniert jeder Band  
**nur 70 Pf.**  
**Volkswacht-Buchhandlungen**  
Neue Graupenstr. 5 \* Neue Taschenstr. 11

DES VERGEMEIN VON  
**DRUCKSACHEN**  
HANDEL KOMMUNAL UND STAATS  
BEHÖRDEN PARTeilICHE GEFERKE  
SCHAFTEN KRANKENKASSEN ARBEITER  
SPORT- UND VERGNIIGUNGSVEREINE DE  
BUCHDRUCKEREI DER  
**VOLKSWACHT**  
BRSLAU & FLURSTRASSE 4-6

**Berläufe**  
**Leder - Jacken  
Leder-Kappen**  
nur 1a Qualität sehr preiswert.  
**Oskar Dehmel**  
Breslau, Neumarkt 45

**Wohnungen**  
**Junges Ehepaar**  
mit einem Kind sucht  
**leeres Zimmer**  
mit Koch- u. Wäschanlage, Separat-  
Eingang, Balkon unter  
B. 125 an die. Selb. Stelle  
näher Zeitung  
Gewöhnlich gemietet Herr  
sucht möglichen falls mögl.  
mögl. Zimmer  
aber nicht nötig. Angebote  
unter Offerte B 141 an die  
Verwaltung dieser Zeitung

**Damenmäntel**  
relativ, auch in Frauengröße, warm u. mollig,  
auch mit Pelzbesatz, bis zum elegantesten... von 10  
**Urban** Zitagengeschäft, Karstr. 3  
Ecke Schweidnitzer Str. 10

**Vergessen Sie nicht**  
für das Weihnachtsfest rechtzeitig Ihre Wäsche, Ihre  
Bekleidungsstücke reinigen und färben zu lassen bei  
**Färberei Felix Breslau 24**  
Filialen u. Annehmestellen in allen Stadtteilen

**Rosen - Tag**  
**wenn die Rose  
aber...**  
**Sonn- u. Alltags-Hose**  
in allen Preislagen, da Selbstanfertigung sehr billig.  
**Oskar Dehmel** BRESLAU  
Neumarkt

**Möbel-Speicher (Breslau Ost)**  
Es können folgende Möbel zum Barverkauf  
2 Bettstellen, Eiche, mit Patent- u. Aull.-Matr. 160.00  
2 Bettstellen, dunk. pol., m. Pat. u. Aull.-Matr. 150.00  
Mia.-Schreibtisch 45.00, Schrank 25.00, 55.00  
Sofa 35.00, 35.00, Chaiselong. 18.00, 28.00, 38.00  
Spiegel mit Schränkchen 70.00, Vertiko 30.00  
1 Post. Auflege-Matratze 20.00, Flurgarderobe  
in jed. Preislage, Wäscheschrank, neu, 3 teil 85.00  
Speisezimmer, Eiche, kompl. m. Lederstühlen 375.00  
Verkauft auch Sonntag von 2 - 6 Uhr nur Brüderstr. 79

**Ein junges Mädchen**  
schreibt über  
**Rußlands Jugend:**  
**Lydia Seifullina**  
der Ausreißer  
1/2 Leinen 2.50 . . . 1/2 Leinen 3.50  
**Volkswachtbuchhandlungen**  
Neue Graupenstr. 5 Neue Taschenstr. 11

**Benutze die Buchkarte**  
Für 50 Pf. wöchentlich  
kannst Du Dir geistige Schätze von  
unermesslichem Wert erwerben  
Wende Dich sofort an unsere  
**Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5**

**Arbeitsmarkt**  
**Schneidergesellen**  
auch aus der Maßbranche, welche sich auf  
Konfektion einrichten wollen, für unsere Werkstatt  
gesucht. Ausweis und Probestück mitbringen.  
**Pollack & Adler**  
Herren- u. Knabenkleider-Fabrik, Antonienstr. 2/4 14552

**Vorzeichner**  
für Eisenkonstruktionen, Hoch- u. Brückenbau  
die nach dem Skizzenystem fehlerfrei  
arbeiten können, für sofort gesucht.  
Bewerbungen sind unter Befügung von  
Zeugnissen über bisherige Tätigkeit unter  
B. 139 an die Geschäftsst. d. Zig. zu richten.  
14552

**Rhein. Edelstahlwerk**  
sucht einen bei der Großindustrie in der  
Provinz Schlesien sehr gut eingeführten  
**Vertreter**  
mit Sitz in Steirisch. Nur Herren mit  
nachweislich guten Beziehungen und lang-  
jährig. Erfahrungen im Verkauf von Edel-  
stahl beliehen ihre Bewerbungen un. B 140  
an die Geschäftsstelle dieser Zig. einzubringen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Dezember.

Wochen der Tat.

Die Werbewochen der Partei, ihre Ergebnisse und Lehren.

In allen Lagern, in allen Parteien, wird aufgerüstet zum nächstjährigen Wahlkampf. Heute schon! Denn gerade die kommenden Wahlen werden Entscheidungen von größter Wichtigkeit bringen.

Die Arbeiterklasse muß ihren Kampf mit eigenen Mitteln führen. Sie hat keinen Wahlhelfer aus den Reihen schwerindustrieller Magnaten zur Verfügung; sie hat und kennt auch keine diktatorische Gewalt, wie sie deutschnationale Agrarier gegenüber abhängigen Landarbeitern anwenden.

Der Sozialist hat immer für seine Idee und seine Aufgaben zu arbeiten, besonders erfolgreiche Werbewochen bedeuten nur einen geschlossenen Angriff auf die indifferente arbeitende Bevölkerung.

So erfreulich dieser Erfolg, müssen wir aber solange unzufrieden sein, bis der allergrößte Teil der Schaffenden in unseren Reihen steht. Das Ergebnis zeigt, was zu leisten ist, die Gegenüberstellung der Arbeit in den einzelnen Distrikten und Abteilungen lehrt uns, daß noch viel mehr getan werden kann.

Sehr verschieden war auch die Zahl der Helfer, die sich in den einzelnen Distrikten zur Verfügung stellten. Durchschnittlich beteiligten sich nur 2 Prozent der Gesamtmitgliedschaft an der Werbearbeit.

Das Erfreuliche aber an diesem Abschluß bleibt, daß jeder Distrikt neue Mitglieder gewonnen, daß fast in jedem Distrikt neue „Volkswacht“-Leser gewonnen wurden. Gewiß, nicht überall sind die gleichen Bedingungen. Der Distrikt im Arbeiterviertel hat weit mehr Möglichkeiten zur Auffüllung seines Mitgliederbestandes als der im Süden gelegene Distrikt.

Nach kurzen Wochen der Weihnachtstriebe wird die Partei durch bisherige Erfolge angeregt, wieder zu dieser Arbeit aufzurufen. Es ist schon heute genügend Material vorhanden, das nach dem Festen den Funktionären zugehen wird. Es werden dann diesmal noch andere Wege der Agitation vorgeschlagen werden. Bis zu den nächsten Wahlen muß es ein ständiger Aufstieg werden!

Der Tiefstand der sozialen Bewegung ist überwunden. Aus dem Weltalter der letzten Jahre steigen wir wieder heraus. Wahlen allerorten, die Zunahme der Sozialdemokratie, die neuen Mitglieder, die zunehmende Leserschaft unserer Parteipresse sind Lichtzeichen für die nächste Zeit.

Der Tiefstand der sozialen Bewegung ist überwunden. Aus dem Weltalter der letzten Jahre steigen wir wieder heraus. Wahlen allerorten, die Zunahme der Sozialdemokratie, die neuen Mitglieder, die zunehmende Leserschaft unserer Parteipresse sind Lichtzeichen für die nächste Zeit.

Breslau vor dem Gemeindeausschuß des Staatsrats.

Die Deutschnationalen gegen Groß-Breslau. Der Gemeindeausschuß des Staatsrats hat sich am Freitag voriger Woche mit dem Breslauer Eingemeindungsgegenstand beschäftigt. Das Plenum des Staatsrats wird jedoch erst am Dienstag endgültig Beschluß fassen.

Der Gemeindeausschuß hat gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen, Einwendungen gegen die Regierungsvorlage nicht zu erheben und ist damit der Vereinbarung zwischen der Stadt Breslau und den in Frage kommenden Landkreisen beigetreten. Die Deutschnationalen erklärten sich gegen die Eingemeindung einer Reihe von Ortschaften, darunter Deutsch-Lissa, Rathen, Stabewitz und Hundsfeld und begründeten damit ihre Segnerschaft gegen die Vorlage.

Angelica Balabanoff.

Viele unserer Genossen werden — allzusehr hat der Krieg und die Nachkriegszeit unseren Gesichtskreis auf das eigene Land beschränkt — den Namen der Genossin Balabanoff nicht oder nur flüchtig kennen. Darum einige erläuternde Worte. Genossin Angelica Balabanoff ist eine russische Revolutionärin, die schon als junge Studentin das Privileg ihrer Geburt und Erziehung bedenkenlos preisgab, um sich der Sache der Entscherten und Ausgebeuteten zu widmen.

Aber die geistige Enge der dem Prinzip der Diktatur verhafteten konnte keinen in Grundfragen unbegrenzten Charakter übertragen. Angelica Balabanoff mußte auch das bolschewistische Russland verlassen und als eine der Ersten den Bannfluch der Diktatoren im Kreml hinnehmen, während in ihrer zweiten Heimat Italien der einseitige Kampfsinn im Blut der Arbeiterschaft waltete. Heute lebt sie unter den italienischen Emigranten in Paris und versteht das internationale Sekretariat jener wenigen sozialistischen Parteien, die sich nicht entschließen konnten, der in Hamburg neugegründeten Sozialistischen Arbeiter-Internationale beizutreten.

Der „silberne Sonntag“. gab dem Straßenbild ein sehr geschäftiges Gepräge. Tausende begaben sich auf den Einkaufszettel und bei der früh hereinbrechenden Dunkelheit erstrahlten gar bald die zahlreichen, weihnachtlich dekorierten Schaufenster im Lichtglanz der elektrischen Birnen. Oben auf den Dächern blühten die vielen Leuchtschilder und Transparente in allen möglichen Farben auf, alles abgestimmt auf das eine, für die heutige Zeit so charakteristische Wort: „Kellame“.

Zahlreiche Kukaänger, auch solche von auswärts, eilten mit Paketen beladen heimwärts, oder zum Bahnhof. Auf dem Ring vor dem Warenhaus herrschte zeitweilig ein beängstigender Andrang. Fliegende Händler aller Art prahlen „laufende Mäuse“, „Knauren“, Miniatur-Flugzeuge und Christbaumzweige an. Die Händler mit Weihnachtsbäumen hatten am silbernen Sonntag noch keinen großen Absatz, weil die meisten Leute mit dem Baumeinkauf noch etwas zu warten pflegen. Vereine und Geschäfte, die Bäume als Dekorationszwecken benötigen, kaufen allerdings schon eher.

Nachdem das letzte Jahr mit einem Fehlbetrag von 8,7 Millionen Mark abgeschlossen hat, ist die begriffliche Sorge des Stadtkammerers darauf gerichtet, in diesem Jahre nicht ein neues Defizit zu haben. Bis vor kurzem hielt sich auch die Stadtwirtschaft im Rahmen des dreijährigen Haushaltsplanes, nachdem aber die Arbeitslosigkeit wieder im Steigen ist und die Bewilligung von 710 000 Mark für Notstandsarbeiten erforderlich wurde, hat die letzte Finanzüberprüfung einen Fehlbetrag von 360 000 Mark ergeben. Hierzu treten 550 000 Mark für Weihnachtsbeihilfen an die Erwerbslosen, so daß zurzeit 910 000 Mark ungedeckt sind.

Nachdem das letzte Jahr mit einem Fehlbetrag von 8,7 Millionen Mark abgeschlossen hat, ist die begriffliche Sorge des Stadtkammerers darauf gerichtet, in diesem Jahre nicht ein neues Defizit zu haben. Bis vor kurzem hielt sich auch die Stadtwirtschaft im Rahmen des dreijährigen Haushaltsplanes, nachdem aber die Arbeitslosigkeit wieder im Steigen ist und die Bewilligung von 710 000 Mark für Notstandsarbeiten erforderlich wurde, hat die letzte Finanzüberprüfung einen Fehlbetrag von 360 000 Mark ergeben. Hierzu treten 550 000 Mark für Weihnachtsbeihilfen an die Erwerbslosen, so daß zurzeit 910 000 Mark ungedeckt sind.

gedacht sein, doch um so viel kann sich die Schlichtung des Jahres möglicherweise günstiger gestalten, so daß ein Defizit vermieden würde. Die Sozialdemokratische Fraktion wird in ihrer morgigen Sitzung zu den Fragen Stellung nehmen, und ihrem Entschluß wollen wir hier nicht vorgreifen.

Antiqua oder Fraktur? In einer kleinen Anfrage eines deutschnationalen Landtagsabgeordneten wurden Klagen aus Elternkreisen darüber erwähnt, daß in den deutschen Schulen die Fraktur (Deutschschrift) gegenüber der Antiqua (Lateinschrift) vernachlässigt werde. Das Staatsministerium wurde ersucht, der Fraktur die Bedeutung beizumessen, die ihr vom Standpunkt deutscher Kulturentwicklung zukommt.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht auf Grund der Antwort des Preussischer Kultusministers mitteilt, sind Klagen über eine derartige Vernachlässigung der Fraktur gegenüber der Antiqua der Unterrichtsverwaltung aus den Elternkreisen bisher nicht zur Kenntnis gekommen. Wir sind übrigens der Meinung, daß die runde und flüssige Antiqua vor der edigen, die Hand leichter ermüdenden Fraktur in der Praxis der Vorzug gebührt, und daß deshalb die Antiqua in der Schule wie im Leben zu bevorzugen wäre.

Jubilärfest der Metallarbeiter. Einem schönen Brauch folgend, vollzog am Samstagabend die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in festlichem Rahmen die Ehrung ihrer Mitglieder, die mit Ablauf dieses Jahres auf eine 25jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiterverband zurückblicken können. 25 Jahre gewerkschaftlichen Wirkens und ewigen Kampfes sind des Rückblickes wohl wert, um so mehr, wenn er zeigt, daß Treue und Arbeit für die Organisation zu Erfolgen führten, die eine stetige Vorwärtsentwicklung beweisen. Das war auch der Sinn der Ausführungen, die Kollege Zigler im Mittelpunkt der Veranstaltung zu Ehren der Jubilare machte, das Auf und Nieder eines Viertelhundertbes befeuchtend und auf das Endziel verweisend, dem anzustreben die Ehrenpflicht jedes laienbewußten Arbeiters ist: der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft.

Den unterhaltenden Teil des Abends bestritten der Breslauer Männerchor und die Kreisschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, die beide auf ihrem Gebiet gleich Gutes leisteten und sich in freundschaftlicher Weise zur Verfügung gestellt hatten. Nach dem offiziellen Programm trat der Tanz in seine Rechte. Nach dem „Berliner Tageblatt“ hat die Verwaltung die Meldung, daß infolge freundschaftlicher Abmachungen mit der Firma A. Wertheim das große Leonhard Tisch-Projekt in Breslau aufgegeben worden sei, demeritert. Es bleibe vielmehr die Absicht der Errichtung eines Breslauer Warenhauses für Leonhard Tisch auf dem im Juli dieses Jahres für mehr als 3 Millionen Mark erworbenen Grundstück des früheren Breslauer-Generalkommandos bestehen. Die Pläne für die endgültige Durchführung dieses Projektes seien in Arbeit.

Theater und Musik. Stadt-Theater. „Tribadour“ und „Lohengrin“. (Anstellungsgastspiele.) In einer musikalisch kaum aufgereizten Aufführung der Verdischen, textlich nur mit Ueberwindung genießbaren und trotzdem unerwünschten Publikumssoper richtete sich die besondere Aufmerksamkeit auf die Vertreterin der weiblichen Hauptpartie, die beachtlich, in der nächsten Spielzeit ihre bisherigen Wirkungsstätten, Berlin (Städtische Oper) und Prag (Deutsches Volksoper), mit Breslau zu vertauschen. Ingeborg Holm's Engagement kann nicht ohne Einschränkung empfohlen werden. Wir gewinnen in der stattlichen Dame zunächst die Besizerin einer noch ferngefunten, in der Brustlage jedoch nicht so ausgeglichene wie in der leicht anliegenden, verschwebenden Kopfhöhe behandelten Stimme, die den paar heiligen Leonorenoloraturen mit Geschick bezeugt. Aber die weniggläubige, kaum von innen her beeinflusste Geste läßt auf ein allzu stark gezügeltes Temperament schließen. Der für den Geliebten freiwillig in den Tod gehenden Raib kann man mit geringer Mühe doch einige leidenschaftliche Züge abgewinnen. Wird sich also Frau Holmgren zu schauspielerischer Belichtung aufraffen, dann mag ihrer Aufnahme nichts im Wege stehen. — Oskar Preuß — es wird schwer, dies bei dem lange Zeit hindurch so tüchtigen Kapellmeister erneut feststellen zu müssen — dirigierte wiederum unerträglich selbstwillig. Lange Streden herrscht absolut keine Uebereinstimmung zwischen Orchester und Bühne. Seine Abneigung gegen Tempoveränderungen darf er in den Vorproben zum Ausdruck bringen, während der Aufführung ist es bereits zu spät. Auch die wesentlichen Männerchorzüge ließ er ungepflegt erklingen. Willy Börlé gab jugendlich-heldisch den Laurico und interessierte auch gelanglich. Mit der Stretta holte er sich den üblichen Sondererfolg. Karl Aug. Neumann's Luna konnte ein noch etwas dunklerer Geselle sein, auch die große Arie vom Sehnen und Streben darf atemtechnisch noch einmal durchgesehen werden. Heria Böhlke war eine ausgezeichnete Azucena.

Am darauffolgenden Tage trat in einer von Fritz Corto- leas' Leitung betreuten „Lohengrin“-Aufführung ein zweiter Anstellungsgast auf. Auch Hilde Sinner, vom Wiesbadener Stadttheater, machte im großen ganzen einen so vorteilhaften Eindruck, daß ihrer Aufnahme in das neu zusammengelegte Ensemble nichts entgegengekehrt werden kann. Sie hat für die helle E-Mollpartie die erforderliche Lieblichkeit und Klarheit der Stimme, die besonders dort für sich einnimmt, wo ihr Juchhaltung aufgelegt ist. Die Sängerin befreit sich daher einer, in diesem Falle wohl angebrachten, ständigen Verhaltensweise. Es paßt sich nur, ob sie auch härteren Rhythmen auszuweichen fähig ist. Adolf Fischer (Lohengrin) war ausgezeichnet besungen und hätte es durchaus nicht nötig gehabt, sich vor dem dritten Akt infolge körperlicher Unfähigkeit entschuldigen zu lassen.



Wie Kriegsanleger gehen heute Abend 8 Uhr in die öffentliche Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses...

Sport-Arena Jahreshunderthalle.

Wenn auch weniger als sonst, aber immerhin noch sehr gut besucht, konnte gestern Sonntag der 5. Hunderthallrennen...

Der Krakauer Handelskammerhubsitus in Breslau.

Der polnische Konsul in Breslau, Dr. Radowski, bemüht sich in dankenswerter Weise um eine Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen...

Der Referent betonte, daß zunächst zu einer Stellungnahme zu den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen eine bessere Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Nachbarlandes notwendig sei...

Polen ist jetzt ein Land mit rund 30 000 000 Einwohnern, von denen der größte Teil in der Landwirtschaft beschäftigt ist...

Seit der Stabilisierung der Währung hat nicht nur die landwirtschaftliche, sondern auch die industrielle Produktion sich wesentlich gehoben...

Beider beunlugte sich der Wirttagende mit einer zahlenmäßigen Darstellung der wirtschaftlichen Produktion, ohne seine Feststellungen im Vergleich mit anderen Ländern und deren Entwicklung nach dem Kriege zu sehen...

S.P.O.-Metallarbeiter Breslau!

Dienstag, den 13. d. Mts., Versammlung im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses.

Baunfälle der letzten Zeit.

Der Ofenseher B e d e r, Baustelle Siedlung Krietern, stürzte am 4. September 15 Sprossen von einer Leiter ab und erlitt eine Verstauchung des Handgelenks...

Dieselbe Baustelle am 25. Oktober. Der Bauarbeiter S c h w a r z e r kam beim Auflegen des Riemens auf die Transmission mit dem Finger zwischen diese und Riemen...

Abbruchstelle Enginger-Fabrik, Stobchufener Straße. Am 26. Oktober wurde der Kran abmontiert. Dabei riß der Flaschenzug, der Kranarm fiel aus 5 Meter Höhe herab...

Baustelle Krietern, Bau Schweidnitzer Straße, Unternehmer Hoffenfelder. Beim Umliegen des Leitergerüsts wurde eine Steinlandschleife mit ausgehoben...

Dem Bauarbeiter R o d e r (Unternehmer Franke-Dolgius, Baustelle Holzfabrik), fiel am 5. November ein eiserner Träger auf den rechten Fuß und zerquetschte ihm die Gelenke...

Baustelle Prälatenweg, Unternehmer J u f t. Am 28. November verunglückte der Lehrling F a g e l beim Ueberfahren der nicht abgedeckten Balkenlage...

Wir müssen erneut darauf hinweisen, daß noch lange nicht alle Unfallmeldungen, und diese auch nicht zur rechten Zeit, bei uns eingehen...

Die Bauarbeiter-Schutzkommission ist auch dazu da, solche Unfälle sofort zu registrieren.

Wir müssen deshalb erneut, jede einzelne Baustelle auf die Notwendigkeit der Meldung der vorkommenden Unfälle hinweisen.

Die Bauarbeiter-Schutzkommission Breslau.

Wir stützen die Republik

denkbar lösen wir nur die Volkswacht

Dem bekanntesten Konzertführer und Gesanglehrer an der Schlesienschen Blinden-Internat-Schule zu Breslau, Alfred Sieckel...

Stachowicz in Breslau. Am Sonntag, den 11. Dezember, 15 Uhr, fand auf der Vereinsbahn des Breslauer Eislaufvereins...

Tagung der Arbeiter. Der Personenzug 745, Hirschberg ab 11.40 Uhr, erlitt am 10. Dezember auf Bahnhof Jannowitz infolge Beschädigung der elektrischen Leitung...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Freiengewerkschaftliches Jugendballet. Besetzungserbeiter-Jugend. Montag, 8 Uhr, bei Jugendballeten...

Wochenende der Arbeiterindeforende. Gruppe 1. Montag, 6 Uhr, Kellere Gruppe. Wir unterhalten uns...

Gruppe 2. Montag kommen wir 6 Uhr im Heim zusammen, wie bei einem Märchen-Nachmittag. Dienstag haben wir Ballettunde...

Gruppe 3. Mittwoch, 5 Uhr, Kellere Gruppe, Ballettunde und Besprechung für die Veranstaltung des Dittschs...

Gruppe 4. Montag, 5 Uhr, Ballettunde der Kellere Gruppe. Ballettstunden. Dienstag, 5 Uhr, Kellere und Jüngere Gruppe...

Gruppe 5. Montag, 6 Uhr, Musikprobe. Alles muß pünktlich sein. Gruppe 6. Montag, 6 Uhr, Unterhaltung und Probe für das Osterfest...

Seite Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur, Wetter, Wind, Niederschlag. Includes data for various locations like Guben, Glogau, etc.

Antlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Die Kette der vom Mittelmeer herangekommenen Bildung 61 Mt liegen in einigen Tagen unverändert über Südostdeutschland und der Alpen...

Bei schwacher Luftbewegung nur noch vereinzelte Schneefälle, Frost, bei nachtltem Aufklaren starker Strahlungsrost.

Das Wetter im Gebirge: Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Temperatur, Wetter, Windrichtung und Stärke, Schneehöhe...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Heute über G a u d e: - 6 Grad, heiter, SW 1, 17 Jm, 3-5 Jm. Pulverförmig, St. mäßig, Nebel gut. - Bad F i t z s b e r g: - 9 Grad, heiter...

Rübengeeräte

Stahlwaren - Stadlerwerk

Eisen-Brandt

Stahlwaren - Stadlerwerk

# Ergebnislose Verhandlungen in der Grobeisen-Industrie.

## Eine Schlichterkammer eingesetzt. — Grobeisenkonflikt und öffentliche Meinung. Deutschnationale Arbeiter gegen die Eisenkönige.

godum, 10. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlaufe der am Sonnabend aufgenommenen Schlichtungsverhandlungen in der Schwerindustrie legten die Parteien ihre beanstandeten Forderungen dar und gaben eine kurze Begründung ihres Standpunktes. Da sowohl die Vertreter der Arbeitgeberverbände als auch die Vertreter der Gewerkschaften auf ihren Forderungen beharrten, erklärte der Schlichter die Parteiverhandlungen, die einen durchaus faßlichen Verlauf nahmen, für gescheitert. Daraus wurde die Schlichtungskammer eingesetzt. Sie besteht aus folgenden Unternehmervertretern: Dr. Hoensgen (Bereinigter Stahlwerke), Direktor Kave (Krupp), Direktor Stahl (Demag), sowie Beckmann (Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe); die Arbeitervertreter sind: Wolf und Böhm vom Deutschen Metallarbeiterverband, Schmidt und Burgaz vom Christlichen Metallarbeiterverband, Innenhofer und Brauns vom Gewerkschaftlichen Metallarbeiterverband.

Die Verhandlungen der Schlichtungskammer wurden sofort aufgenommen. Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Jötten, erklärte, daß er gewillt sei, die Schlichtungsverhandlungen zu versetzen, bis die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Durchföhrung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 vorliegt. Da auch die Arbeitgeber der gleichen Auffassung waren, wurden die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Eisen- und Stahlindustrie ergebnislos abgebrochen und nur Verhandlungen zur Veränderung der Arbeitszeit in der weiterverarbeitenden Industrie und zur Regelung des allgemeinen Lohnausgleichs geführt. Auch in diesen beiden Fragen konnte keine Annäherung der beiderseitigen Forderungen erreicht werden. Eine Übereinkunft war nur insoweit zu erzielen, als man sich auf die Einigung von zwei Unterkommissionen einigte, die die Berechnung der Mindestlöhne sowie die Staffelung der Beförderungsklassen ermitteln und für sie eine andere Regelung vorschlagen sollen. — Die Schlichtungsverhandlungen selbst sollen am 18. Dezember in Düsseldorf fortgesetzt werden.

Im Arbeitskonflikt der Grobeisenindustrie wird zur Zeit von beiden Parteien mit verstärkten Anstrengungen um die Hilfe der öffentlichen Meinung getämpft. Nachdem die Unternehmer bereits die Presse um Unterstützung der fadenhehnigen Argumente der Stahl- und Eisenindustrie angegangen, wird am Montag in den Räumen des DGB in Berlin der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Georg Reichel, über „Die Stellung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu dem Konflikt in der Eisen- und Stahlindustrie“ sprechen. An den Vortrag wird sich eine Aussprache anschließen.

Die breite Öffentlichkeit, die die Einzelheiten des Konflikts nicht kennen und auch alle die Zahlen und Mitteilungen der Unternehmer über die angeblich ungeheuren Schwierigkeiten der Umstellung der Werke auf das Dreischichtensystem nicht nachprüfen kann, muß sich immer wieder eine Frage vorlegen: Was haben denn die Unternehmer im Verlauf des letzten Halbjahres oder im Verlauf der letzten Jahre — sie wußten ja schon seit langem, daß das Dreischichtensystem in der Grobeisenindustrie kommen muß — getan, um die Umstellung auch wirklich vorzubereiten? Wenn die Unternehmer sich einfach hinstellen und erklären: „Wir können nicht“, so ist das doch nach lange keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung für sie. Mit ihren Lamentationen ändern nichts an der Tatsache, daß sie auch die letzte Schonzeit des vergangenen Jahres ungenutzt verstreichen ließen, ohne irgend etwas Wirksames für die Umstellung ihrer Werke auf das Dreischichtensystem zu tun.

Die Tatsache, daß die Eisenindustriellen sich in der Umstellungsfrage einem großen Pflichtverhältnis schuldig gemacht haben, steht fest, und deshalb kann ein gerechtfertigter Mensch unmöglich für die Eisenkönige Partei ergreifen. Sie stehen vor der breiten Öffentlichkeit als die Schuldigen. Sollen nur über diejenigen, die an der Zuspötigung der Dinge durch ihre Versäumnisse schuld sind, jetzt auch noch durch besonderes Entgegenkommen des Reichsarbeitsministers belohnt werden?

Die Eisenindustriellen wissen recht gut, warum sie sich jetzt so sehr anstrengen, um die Gewerkschaften als die Angreifer im Eisenkonflikt hinzustellen. Die Eisenkönige wollen die Anschuldigung als ihrem Spielplan. Rette Anschuldigungen, die zuerst durch ihr Nichtstun in der Umstellungsfrage den Konflikt heraufbeschworen haben und danach, als die Metallarbeiter die Erfüllung des ihnen gegebenen Versprechens, d. h. die Durchführung der Arbeitszeitverordnung forderten, der Regierung und der Arbeiterschaft mit der Stilllegungsandrohung droual an die Gurgel saßen! Für die Versäumnisse der Stahlindustriellen sollen jetzt Riesensummen zur Unterstützung der Metallarbeiter gezahlt werden, die durch die Stilllegung gewaltsam arbeitslos gemacht werden sollen. Wer soll diese Riesensummen aufbringen? Schließlich soll also die breite Öffentlichkeit die Zecher bezahlen. Sie dankt für diese Ehre.

Die Zahlen, die seinerzeit dem Reichswirtschaftsrat bei seiner Entscheidung über die Arbeitszeit in den Stahl- und Holzwerken vorlagen, sollen nach einer Vereinbarung auch der Schlichterkammer zugänglich gemacht werden, und zwar soll einer der beiden Prüfer, die damals die Erhebungen gemacht haben, hinzugezogen werden. Die Unternehmer, die hier in Frage kommen, haben sich jedoch ausbedungen, daß bei der Mitteilung der Zahlen die Vertreter der Konkurrenzunternehmen, die nicht geprüft wurden, deren Vertreter aber gleichfalls Mitglieder der Schlichterkammer sind, abwesend sein müssen und über die Zahlen keinerlei Notizen gemacht werden dürfen. Man traute sich also gegenständig nicht über den Weg, sobald der Profit in Frage kommt.

### Auch der Deutschnationale Arbeiter-Bund wendet sich gegen die Groß-Eisen-Industrie.

Duisburg, 10. Dezember. Der Deutschnationale Arbeiter-Bund im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wendet sich an das Reichsministerium mit folgender Entschöpfung: Der Deutschnationale Arbeiter-Bund, Landesverbandsguppe Niederrhein, hat zu den brennenden Streitfragen in der Metallindustrie Stellung genommen und erblickt in der Aufhebung der Werkstilllegungen einen Versuch, die Staatsautorität zu untergraben. Die Reichsregierung hat die Pflicht, die Unternehmer zur bedingten Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 zu verpflichten. Die Durchföhrung der Verordnung in der Grobeisen-Industrie anzuhalten, da die Durchföhrbarkeit durch Zustimmung der Arbeitgebervertreter im Reichswirtschaftsrat anerkannt worden ist. Deshalb bittet der Deutschnationale Arbeiter-Bund den Herrn Reichsarbeitsminister, die gerechtfertigte Arbeitszeitverkürzung laut Verordnung vom 16. Juli 1927 der beteiligten Arbeiterschaft ungeschmälert zuzumuten zu lassen.

### Der Eisenbahnerstreit in Saarbrücken.

Die Verhandlungen haben zu einem Ergebnis geführt, das einen großen moralischen Erfolg der streikenden Arbeiterschaft darstellt. Beschlossen wurde die Wiederaufnahme der Arbeit, wobei Maßregelungen ausdrücklich unterlag sind. Auch die Beamtenanwärter, die mitgestreikt haben, dürfen in ihren Rechten in keiner Form geschmälert werden. Von der Regierungskommission wurde weiter eine Wechnachtsbeihilfe für alle Arbeiter zugesprochen, über deren Höhe am Dienstag neue Verhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und der Regierungskommission gepflogen werden. Ausdrücklich zugesagt wurde, dabei ganz besonders wohnwährend zu verfahren.

Es ist damit zu rechnen, daß die Streikenden diesem Ergebnis allgemein zustimmen werden. Damit wäre ein Kampf beendet, in dem die Eisenbahnarbeiterschaft des Saargebietes durch ihre einmütige Geschlossenheit einen annehmbaren Erfolg erzielt hat.

### Gelichterte Verhandlungen in der Steinindustrie.

Uns wird geschrieben: Für die deutsche Kalkstein- und Schotterindustrie besteht seit 1919 ein Reichsmantelvertr. Von den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen (Zentralverband der Steinarbeiter, christlicher Berufsvorband der Steinarbeiter und Hirsch-Dunderhagen Gewerkschaft) wurde er am 1. Oktober 1927 gekündigt, weil sich im Laufe der Zeit Verhältnisse herausgebildet hatten, die dringend einer Veränderung bedürfen. Am 7. Dezember fanden zum ersten Male Verhandlungen in Leipzig über den Neuaufschluß des Mantelvertrags statt, nachdem bereits in Frankfurt a. M. eine unverständliche Besprechung zwischen den Vertragsparteien stattgefunden hatte. Die Verhandlungen in Leipzig können als unbestimmte Zeit als verlegt gelten, weil eine Annäherung der Vertragsparteien über Forderung und Angebot nicht zu erzielen war.

Die Arbeitnehmer fordern eine Verringerung des Arbeitszeitrechts bei vorübergehender Verlängerung der Arbeitszeit. Weiter wird eine Verringerung der Zeiddauer der Ferien gefordert. Bis jetzt erhielt der Arbeiter, der von einem bis drei Jahre im Betriebe beschäftigt war, drei Tage Ferien; gefordert werden 4 Tage, der Arbeiter, der über drei Jahre im Betriebe beschäftigt ist, erhält jetzt sechs Tage, gefordert wird eine Ausbehnung auf acht Tage, unter Zugrundelegung von 2100 Jahresarbeitsstunden. Die Entlohnung der Ferien würde bis jetzt für alle Arbeiter nach dem sehr minimalen Stundenlohn vorgenommen. 85 Prozent aller in der Steinindustrie Beschäftigten arbeiten aber im Allford, so daß gefordert wird, die Bezahlung der Ferien für die Zeiddarbeiter nach dem Stundenlohn und für die Allfordarbeiter nach dem durchschnittlichen Allfordstundenverdienst des letzten Vierteljahres vorzunehmen. Ferner sollen Bestimmungen über die Ausbildung und Entlohnung der Lehrlinge in dem Reichsmantelvertrag aufgenommen werden. Diese Forderungen stellen im wesentlichen keine große finanzielle Belastung des einzelnen Betriebes dar. Trotzdem lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen von vornherein ab. Die Unternehmer erklärten, daß sie nur mit einer Verlängerung des jetzt geltenden Reichsmantelvertrages auf ein weiteres Jahr einverstanden sein würden. Damit waren die Verhandlungen von den Unternehmern auf den toten Punkt gebracht, denn dieses Angebot der Unternehmern war selbstverständlich für die beteiligten drei Organisationen unannehmbar. Die drei Verbände ließen daher durch den Vorsitzenden des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Kollegen Winkler, Leipzig, erklären:

„Da auf der Basis des Unternehmerangebots weitere Verhandlungen zurzeit unmöglich erscheinen, betrachten die drei Organisationen die Verhandlungen als gescheitert. Sie sind jedoch bereit, sich jederzeit wieder an den Verhandlungstisch zu setzen, wenn eine mögliche Verhandlungsbasis gefunden worden ist.“

Damit können die Verhandlungen als verlegt gelten, bis die Unternehmer eine Verringerung ihres gegenwärtigen Verkachens untereinander herbeigeföhrt haben. Für die beteiligten Arbeitnehmerorganisationen erscheint es ausgeschlossen, daß sie von den den wirklichen Verhältnissen der Steinindustrie entsprechenden Forderungen abgehen können. Die Steinindustrie hat ein geradezu

tolles Konjunkturjahr hinter sich, so daß die Erfüllung der Forderungen der Arbeitnehmer den Unternehmern wirklich nicht schwer fallen kann.

### Gründung der „Deutschen Bühnengewerkschaft“.

In Berlin wurde am Sonnabend die Gründung der neuen Schauspielergewerkschaft „Deutsche Bühnengewerkschaft“ vollzogen. Als Generalsekretäre wurden einstimmig gewählt Wolf Günter und G. W. Kasper. Die „Deutsche Bühnengewerkschaft“ erkennt die Forderungen der erwerbslosen Schauspielerschaft in der Hauptache als berechtigt an und wird sie gemeinsam mit dem Reichsausschuß der erwerbslosen Bühnenangehörigen vertreten. Die öffentliche Proklamierung der Bühnengewerkschaft wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die einstimmig angenommenen Statuten gehen der Presse nach zu. Der Vorsitzende der Gewerkschaft ist der Rechtsanwalt und Notar Dr. Paul Posener.

### Der Reichs-Fachauschuß der Rechtsanwälte- und Notariatsangeestellten gegen die unsoziale Haltung des Deutschen Anwaltsvereins.

In Berlin war dieser Tage der Reichs-Fachauschuß der Rechtsanwälte- und Notariatsangeestellten im Zentralverband der Angeestellten zu einer Konferenz zusammengelassen, die sich vor allem mit brennenden gewerkschaftlichen Fragen beschäftigte. So nahm der Fachauschuß zu der Weigerung der örtlichen Anwaltsorganisationen und des deutschen Anwaltsvereins, tarifliche Vereinbarungen abzuschließen, scharf Stellung. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Denkschrift des Deutschen Anwaltsvereins an den Reichstag, in der verlangt wird, die Anwalts- und Notariatsangeestellten aus dem Geltungsbereich des kommenden Arbeitsschutzgesetzes auszuschließen. Die Denkschrift läuft darauf hinaus, daß die Anwaltsangeestellten künftig nicht mehr den Schutz der Bestimmungen über den Achtstundentag genießen und unter ein Ausnahmestadium gestellt werden sollen. Die Anwälte versuchen, ihr Vorgehen damit zu begründen, daß der gesetzliche Arbeitsschutz sie an der Ausübung ihrer Praxis hindere. Diese Behauptung ist aber falsch. Der Entwurf steht gerade die Möglichkeit vor, durch tarifliche Vereinbarungen die Arbeitszeit so weit möglich zu gestalten, daß sie allen Anforderungen der anwaltlichen Praxis genügt. Die Anwalts- und Notariatsangeestellten sind im übrigen des gesetzlichen Schutzes besonders bedürftig, denn in keinem anderen Berufe fordern die Arbeitgeber bei schlechter Bezahlung so oft unbegrenzte Mehrarbeit an Werk- und Sonntagen. Der Reichs-Fachauschuß legte seine Forderungen zum Arbeitschutz in einer Entschöpfung nieder, in der zugleich gegen das unethische und sozialfeindliche Vorgehen des Deutschen Anwaltsvereins scharf protestiert und der Zentralverband mit der Durchführung einer entsprechenden Gegenaktion beauftragt wird. Schließlich wurden noch verschiedene Maßnahmen zur Einführung der Fortbildungspflicht für die Lehrlinge in den Anwalts- und Notariatsbüros und zur Schaffung von Fortbildungseinrichtungen für die übrigen Angeestellten beschlossen.

### Reichspostarbeiter sollen um Kleidung betteln.

Sagt ein Breslauer Oberpostlat. Daß es der Beamenschaft nicht besonders glänzend geht, das hat die breite Öffentlichkeit bei den Beratungen der neuen Bezahlungsbefehle durch die Presse erfahren. Die Notlage wurde auch von der Reichsregierung anerkannt und zur Linderung dieser Not einige Millionen für Unterstützungszwecke zur Verfügung gestellt.

Von demselben Schicksal, wie die Beamenschaft, werden die Lohnempfänger verfolgt, und man kann mit ruhigem Gewissen sagen, die Arbeiter der Deutschen Reichspost leidet noch weit größere Not. Die Telegraphenarbeiter und Handwerker glaubten sich ebenfalls mit einem Unterstützungsgeld an die Oberpostdirektion wenden zu können, weil auch für sie Mittel bewilligt worden sind. Aber die Enttäuschung ist groß. Der zuständige Referent bei der Oberpostdirektion in Breslau, Postlat K., scheint eine eigentümliche Vorstellung von dem Haushalt und der Notlage der Telegraphenarbeiter und Handwerker zu haben; denn nach Ablehnung fast aller Unterstützungsgelche nach den Gründen befragt, erklärte er: Von einer Notlage der Lohnempfänger kann keine Rede sein, und wo sich die Leute in einer solchen befinden, so ist das auf die Unwirtschaftlichkeit der Frauen zurückzuführen. Die Arbeiterfrauen verständen eben nicht, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wirtschaften. Es gibt wohl Beispiel sehr viel begüterte Menschen, die alte Sachen verwerfen; an diese sollen sich die Lohnempfänger wenden, die Frauen könnten daraus noch so manches wertvolle Stück für die Kinder anfertigen. Oder, mit anderen Worten gesagt: Geht betteln um abgetragene Kleidungsstücke und bedeklet auf diese Weise eure Kinder.

Diese Würdelosigkeit mutet man der Arbeiterschaft des Reichspostbetriebes zu, und zwar durch einen höheren Beamten, dessen möglicherweise Taschengeld vielleicht das Doppelte beträgt, was ein Telegraphenarbeiter in der ganzen Woche verdient.

Was die Wirtschaftlichkeit der Arbeiterfrauen anbelangt, so möge sich Postlat K. erst in seiner häuslichen Umkleekabine, seiner Gattin das Wochenentkommen eines Telegraphenarbeiters in die Hand drücken und dann abwarten, wie es mit der Wirtschaftlichkeit der gebildeten Frau eines höheren Beamten bestellt ist.

Eine beiseitige Anfrage, Herr Postlat! Ist das die Volksgemeinschaft nach dem Muster des Undeutschen Verbandes, dessen Mitglied Sie sind?

Nur so weiter, es kommt noch einmal eine andere Zeit.

### Ein Kursus für Heizungsmonteur.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hält nach dem 31. Januar 1928 einen Kursus für Heizungsmonteur ab. Bewerbungen hierzu müssen bis zum 16. Dezember d. J. bei der Ortsverwaltung Breslau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erfolgen. Die Bewerbungen müssen enthalten: Bisherige Tätigkeit, Dauer der Mitgliedschaft, ob verheiratet oder ledig. Alles Nähere ist im Büro des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erfahren.

# Die Anleiheablösung.

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Die Geschäfte der Anleiheablösung haben nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums Anfang November 1927 folgenden Stand erreicht: Es waren bis zum 26. Oktober d. J. 3 888 851 Anträge auf Zuteilung von Auslösnngsrechten eingegangen, mit denen für 88 528 455 200 Mark Zahlarbeitverschreibungen: 790 936 019,60 Reichsmark Auslösnngsrechte (durchschnittlich 205,26 Mark auf den Antrag) beantragt worden sind. Rechtskräftig entschieden waren 834 544 Anträge; die Entschöpfung von 18 807 Anträgen stand noch aus. Mit den entschieden Anträgen sind 673 320 585 Mark Auslösnngsrechte zuerkannt worden (im Durchschnitt 174,81 Mark pro Antrag). Abgelehnt sind 19 342 107 Mark Auslösnngsrechte. Das sind 2,9 Prozent der entschieden Anträge. Die Zuteilung der Auslösnngsrechte für Schuldbefreiungen ist, abgesehen von einzelnen Sonderfällen, abgeschlossen. Es sind 224 664 774 Mark Auslösnngsrechte zuerkannt. Bei den Betragsförgestellen waren bis Ende September 725 220 Anträge auf Gewährung einer Vorzugsrente eingegangen. Am 4. November waren durch erste Anerkennung 631 980 Anträge, durch weitere Anerkennungen für denselben Gläubiger oder durch Abtretung 100 761 Anträge erledigt. In Bearbeitung waren 18 777 Anträge. Der Jahresbetrag der Vorzugsrente belief sich im Durchschnitt auf 120,20 Mark pro Rent-

Nach einer Bestimmung des Anleiheablösungsgesetzes ist die berechtigten Rentensachvertragspartei, die die Anleihe abzurufen hat, im dem Gesamtanleihebetrag von weniger als 1000 Mark haben, auf Antrag eine Barabfindung des Nennbetrages von 15 Prozent des Nennbetrages zu gewöhren; wenn sie nicht als bedürftig gelten, aber ihr Einkommen weniger als 1500 Mark beträgt, kommt eine Barabfindung von 8 Prozent in Betracht. Bis zum 30. September 1927 waren 781 596 Anträge dieser Art eingegangen, mit denen 82 106 607,42 Mark Barabfindung beantragt worden ist. Von diesen Anträgen waren am 30. September 784 592 entfallen und damit den Antragstellern 25 671 298,89 Reichsmark zuerkannt. Auf Grund eines Reichstagsbeschlusses hat die Reichsfinanzverwaltung auch an nichtberechtigten Gläubigern Anleiheabfindungen gewährt. In diesem Verfahren sind bis Ende September an 26 529 Gläubiger 14 675 990 Mark ausgezahlt worden. Den Anleitern der ersten und zweiten Anleihe sind, denen für Anleiheabfindungen Anleiheabfindungen zu zahlen, ist im Anleiheablösungsgesetz zum Ausgleich für die den berechtigten Gläubigern zugehenden Vorzugsrente auf 15 Jahre eine Abfindung zugestanden worden. Der aus den landwirtschaftlichen Zolls-

Breslauer Silberzeitung

ertragen zu entnehmenden Gesamtaufwand für diese ...

In derselben Weise ist den Anstalten und Einrichtungen zur Förderung wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung eine ...

Als die neue u. b. (nach dem 30. Juni 1920 erworben) ...

Als Gesamtstand ergibt sich, daß von 70,3 Milliarden Mark ...

Table with 3 columns: Vorstands-, Sparprämien-, u. Kriegsrente. Includes sub-points a, b, c regarding different financial procedures.

Es sind also rund 3 Milliarden Kriegs- und Vorstandsrente ...

In Vorbereitung befindet sich die Barabklärung der Auslosungsrechte der Sparkassen und der Träger der Reichsversicherung ...

Der Ertrag der tschechoslowakischen Hopfenenernte wird nach den letzten Erhebungen, die allerdings noch nicht als endgültig ...

Zur Einführung des Devisenterminhandels in Prag. Die bisherige Art der Sicherstellung von Devisen ist jetzt durch die Nationalbank geändert ...

Die polnische Einfuhr wird für den Monat Oktober mit 151,7 Millionen Goldfranken und die Ausfuhr mit 137,74 Millionen Goldfranken angegeben ...

Der russische Rohwollhandel für das Wirtschaftsjahr 1926/27 ergibt zum erstmaligen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 55,9 Millionen Rubel ...

Im russischen Wollhandel steht Deutschland wieder wie in der Friedenszeit, an erster Stelle. Es konnte seinen Umsatz von 283,2 Millionen Rubel im Jahre 1925/26 auf 325 Millionen Rubel steigern ...

Die Einfuhr von Rohwolle nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich im Monat Oktober weiter gesteigert, und zwar erhöhte sich die gesamte Einfuhr von 977.000 Dollar im Monat September auf 1.211.000 Dollar ...

Zur Ausfuhr von Eiderdunen aus Italien. Das italienische Exportinstitut in Rom hat zur Regelung der italienischen Ausfuhr von Eiderdunen ...

Soziales

Die öffentliche Fürsorge im Dienst des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat dem Staatsrat zum Zweck der Stellungnahme den Entwurf einer Verordnung betreffend die Beteiligung der öffentlichen Fürsorge an der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten überreicht ...

Selbstbedürftig ist auch ein Geschlechtskranker, soweit er ohne Gefährdung seines oder seiner unabhangigkeitsberechtigten Angehörigen notwendigen Lebensbedarfs die Kosten der argtlichen Behandlung einer Geschlechtskrankheit im Sinne des § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 nicht tragen kann ...

Nach § 2 des Entwurfes kann ein Fuhrsorgeverband, der einem Hilfsbedürftigen Hilfe für die Behandlung einer Geschlechtskrankheit gewährt hat, die Kosten Aufwendungen zur Befreiung des Kranken von der Haft ...

„Seine Majestät, das Kind.“ Ein Kinder-Kulturfilm, der vorzeitig abbricht. Die „Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ will Propaganda für ihre segensreiche Tätigkeit machen und hat einen Kinder-Kulturfilm herausgegeben ...

Dieser Suglingsfilm ist gut, als Kinder-Kulturfilm ist er mit drei Werten und mit der Bekämpfung auf die topferliche Behandlungsweise des Kleinkindes zu kurz weggenommen ...

Schwere Jungen — leichte Mädchen, ein Film in 8 Akten von Heinrich Jille, zu dem er, wie er selbst schreibt, „sozialen Randlosens jemaht, Milieustruktur erheben hat“ ...

Vielleicht liegt es am Regiebuch, wenn der Film dennoch im Grunde unbefriedigt laft. Die Wart am arbeitenden Kapitalistenlogis klingt ja ganz fuhisch und steht sich im Bilde auch recht erfreulich an ...

„Sing-Sing.“ Wohl führt dieser amerikanische Grofilm hinter die Mauern des New Yorker Zuchthauses, und auch die Gravel der Hinrichtung werden getreift, aber es handelt sich nur in sekundärer Linie um dieses Thema ...

„Der Driem.“ Gleich anderen erfolgreichen Operetten ist auch diese nunmehr dem Film zugeführt worden. Das hat wohl einerseits den Vorzug, daß durch die Möglichkeit eines Herauskommens aus Mitleidenschaft die Handlung vielseitiger, belebter wird ...

„Das Heiratsnetz.“ Das Programm ist diesmal durchweg auf Humor eingestimmt und zwar eine besonders beliebte und immer wieder wirksame Sorte von Humor, nämlich den „Kuchentoten“-Humor ...

im Sekt erziehende Duellforderung, Purzschneidigkeit, eine zur Unmöglichkeit ibertriebene nastliche Maßen- und schlingenspielerische mit einem Prinzen im Damenhemd und allerdarber haarstrubende Ungezogenheit ...

„Blond oder braun.“ Blond liegt, und nach allem amulanten Zwischenfällen führt Adolphe Menjou seine Frau Etta Miller, von der er sich nach kurzer Ehe scheiden lassen, wieder heim ...

„Eheskizzen“, nach dem Schwant „Eheringe“ von Hans Strohm und Alexander Engel. Eine alte Idee, neu aufgeblutet: in Speicherecke kommen sich beide Teile gefestigt vor, wollen die Kopfrengere, wenigstens für einige Wochen, werfen ihre Ringe ...

Die Ufa-Woche schenkt unter anderem eine neue Neukrei: ein Schraubenpropeller, der den Luftschiffen im Stehen in der Luft ermöglicht, ferner: „Gegenstatze im Reich Mitte“ ...

Im Promenaden-Theater läuft „Chang“, der an die Stelle schon besprochene indische Dschungelfilm, der in seinen schönsten Einzigartigkeiten seine Zuschauer begeistert ...

Das Varietheater zeigt auch diese Woche „Casanova“, wegen des großen Erfolges prolongiert wurde.

Kleine Breslauer Nachrichten

- Der Kraftomnibus Subring zwischen Neudorf- und Brauer Straße fährt seit gestern wieder in der alten Linienfuhr durch die Goethestraße.
Eine goldene Taschenuhr wurde einem Manne in einem Schanklokal von drei unbekanntem Frauen abgenommen.
Tadlicher Unfall von der Treppe. Im Hausflur Waisenstrae 36 wurde am Sonntag nachmittag gegen 14.30 Uhr ein 9 Jahre alte Schüler Erich Howe, im selben Hause wohnhaft, von einer Treppe herabgeworfen ...



# Arbeiter-Sportbewegung

## Internationaler Arbeiter-Wintersport.

Auf dem Gebiete des Wintersports sind in allen Ländern wichtige Fortschritte zu verzeichnen. Seit der ersten internationalen Wintersportolympiade in Schaniha im Februar 1925 ist der Wintersport überall groß, um den Finnen einheimlich. Ihre Vorliebe wird sich allerdings nicht so leicht einholen lassen, da eben im hohen Norden gerade für den Wintersport viel günstigere Verhältnisse vorliegen als anderswo. In der Ausbreitung des Wintersports steht Deutschland zurück. In der Ausbildung der Arbeiter, zahlreiche Ausbildungsanstalten, auch Lager des Arbeiterturns, sorgen für eine immer weitere Ausbreitung. Neben den eigentlichen Sportverbänden sind auch Wandervereine und nicht müde in der Pflege des heimischen Wintersports auf Schneeski, Schlitten und die Wintersportarten, die überall angelehnt sind.

Auch in den benachbarten Ländern ist man nicht untätig. In Schweden sind die Turnvereine führender Wintersportverbände (Deutscher Turn- und Sportbund) haben die Wintersportarten für 21. und 22. Februar nach Schweden. In Dänemark haben Turn- und Naturfreunde gemeinsam über zehn Kurse für Wintersport organisiert und veranstaltet verschiedene Wintersporttreffen. Auch die Schweizer Arbeiterturner haben mit einer mächtigen Organisation des Wintersports in ihren Reihen begonnen. Der Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverband hält im nächsten Winter über einen vierstägigen Kurkurs in Andermatt ab.

Im Eislaufen hat Finnland ebenfalls die unbestrittenen Führung in der Wintersportinternationalen. In den verschiedenen Städten Finnlands haben die Arbeiterturnvereine eigene Eislaufbahnen, wo vor allem auch eifrig Eishockey betrieben wird. In Deutschland haben wir noch nicht eine einzige Mannschaf auf Eislaufen. Auf dem Gebiet des Eislaufsportes muß noch sehr viel Aufbauarbeit geleistet werden. Auch hier wird sich früher oder später eine Wandlung vollziehen.

## Der Schiedsrichter.

Als die wichtigste Person auf dem Spielfeld ist die des Schiedsrichters zu bezeichnen. Sein Votum ist der Schlüssel, weil er ihm verschiedene individuelle Eigenschaften abgerufen werden. Sie sind selten in einer Person vereinigt. So wie schlechte Spieler, auch Schiedsrichter, die in schlechter Form sich befinden, sind auch schlechte Schiedsrichter, und Schiedsrichter, die zurzeit nicht in Form sind, eine verständliche Erscheinung in Sport.

Zu einem guten Schiedsrichter gehören drei Dinge: Schnelligkeit im Entschluß, 2. Bewusstheit auf dem Spielfeld, und 3. Bestimmtheit im Auftreten. Die Bestimmtheit darf allerdings nicht so weit gehen, daß man einen begangenen Irrtum nicht einsieht und ihn nicht korrigiert. Die Regeln sollen ausschließlich die Möglichkeit zu einem begangenen Fehler vor dem Schiedsrichter auf dem Spielfeld zu berücksichtigen. Man solle diese Aufgabe genügend beachten, wodurch man nur die Autorität des Schiedsrichters stärkt.

Selbstverständlich hängt viel vom Auftreten des Schiedsrichters und auch von seinem Verhalten außerhalb ab. Der Charakter ist ein wesentlicher Teil des Menschen. Personen mit leichter Art passen zu allem anderen, nur nicht zum Amte eines Schiedsrichters. Auch in der Kleidung sei der Schiedsrichter präsent und gehe sachgemäß vor. Man stehe nie in Strahlenkleidung, sondern lege immer eine leichte Sportkleidung an, die ihn leicht beweglich macht, wobei auf alle Fälle zu berücksichtigen ist, daß die Spielkleidung des Schiedsrichters von der Kleidung der Spieler beider Parteien stark abheben soll. Bei Spielen des eigenen Vereins verhalte man sich streng objektiv. Nur wenn sie auf den Zweck abzielen, Kollegen und mache ihnen Fehler nie zum Gegenstand einer besonderen Diskussion auf dem Spielfeld, sondern stelle die vermeintlichen Fehler in der nächsten Schiedsrichterversammlung unter den Sportgenossen zur Sprache. Man sei in allen Fällen Sportgenosse und trage, wo man kann, zur Hebung des Schiedsrichterstandes bei.

Auf dem Spielfeld sei man Menschenfeind. Man verleihe jedem herrlichen Ton, trete liebenswürdig, aber bestimmt auf. Man denke an die Erregung der um den Sieg kämpfenden Parteien und lege nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Eine Würdevollheit in sachlicher Weise wird in jedem Fall Wunder wirken. Man falle in keiner Weise des Spiels keine Objektivität vermissen. Gegen Roboter schreite man unbeding mit Blauherz ein. Ueberhaupt kommt es viel darauf an, wie der Schiedsrichter von Anfang an die Spielweise aufstellt. Zu große Milde am Anfang, kann im Verlauf des Spiels schlimme Folgen zeitigen. Man vermeide, so lange es geht, irgendwelche Anreden an die Mannschaften auf dem Felde, dieses macht immer einen schlechten Eindruck. Was man zu sagen hat, lege man in der Kabine. Der Spielabbruch ist das äußerste Mittel eines Spielleiters. Erst wenn alle Mittel erschöpft, und alle Disziplinstrafen vergebens sind, schreite man zu diesem immer üble Folgen habenden Vorgehen. Weigert sich ein hinausgeworfener Spieler, den Platz zu verlassen, erbitte man den Schiedsrichter des Spielers Sorge zu tragen. Ein wichtiger Bestandteil für die erfolgreiche Leitung eines Spieles ist die Unerlöschlichkeit des Schiedsrichters.

## Was leistet die D. T., was der Arbeiter-, Turn- und Sportbund?

Die Deutsche Turnerschaft hat nun auch eine Turnschule in Berlin, ähnlich der Bundesturnschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig, nur mit dem Unterschied, daß die Deutsche Turnerschaft das Geld vom Bauen vom Reich bekam. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund brachte nur 77.000 Mark. Das ist bei der Finanzstärke des Reiches größten Teiles der Mitglieder der Deutschen Turnerschaft außerordentlich wenig. Unter Turnschule der D. T. ist der erste Lehrgang ausgeschrieben. Zu zahlen hat jeder Teilnehmer 25 Mark Mitgliedsbeitrag im voraus, und beim Eintreffen in Berlin für die Kursdauer pro Tag 4 Mark Verpflegungsbeitrag. Die Deutsche Turnerschaft gewährt lebhaft freie Unterkunft und bei mehr als 100 Kilometer Bahndistanz einen einmaligen Fußpaß von 5 Pf. je Kilometer.

Dem gegenüber leistet der Arbeiter-Turn- und Sportbund für seine Kurkisten:

1. Das gesamte Fahrgehalt 3. Klasse Schnellzug.
2. Die gesamte Verpflegung.
3. Die Unterkunft des Quartiers.
4. Die Stellung der Lehrer und des Lehrmaterials.
5. Die kostenlose Benutzung aller Bundesanstalten (Lehrsaal, Schwimmbad, Ruderbecken usw.).

Stokholm bis zur Fertigstellung der Schule das Reich und Preußen noch keinen Fußpaß geleistet hatte.

Die Deutsche Turnerschaft litt über eineinhalb Millionen Mitglieder, der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat 800.000. Was leistet die Deutsche Turnerschaft? Was der Arbeiter-Turn- und Sportbund?

## Glossen vom Gegner.

Der Bund Deutscher Radfahrer ist schon lange eine laue Organisation. Das drückt sich trotz Weltmeister und allen möglichen anderen sensationellen Dingen, doch manchmal klar und deutlich aus. Jetzt ist sogar den Männern in der Zeitung zu viel geworden. Man weiß nicht mehr aus noch ein. Im deutschen Radfahrertum gibt es neben dem einzigen wirklich erfolgreichen Verbande, dem Arbeiter-Radfahrerbund, Solidaris, noch einige andere Bünde, die ab und zu das Bedürfnis haben, sich Weltbedeutung auszusuchen, indem sie Weltmeisterkronen veranstalten die mit den schönsten Standbildchen endigen. Dazu gehört der B.D.R. Er beherrscht heute als maßgebender Verband für den deutschen Radfahrersport alles Mögliche in seinen Reihen: Manager, Neandertaler und auch die Radfahrer, Berufsradfahrer, Amateure und Semi-Amateure. Das ist der Vater, Freddy Budzinski, persönlich in der Bundeszeitung des B.D.R. einen Artikel Sport in Fort, der mit aller Deutlichkeit die tatsächliche Verhältnisse klarlegt. Nach ihm geht es mit Berufsradfahrern und Amateuren allein nicht mehr länger.

Im Variante des Strassenrennens zeichnet sich stark die Silhouette des Unabhängigen. Der Hund hat sich gegen das Weiblich gewandt und tut es noch. Er will keine anderen Götter neben Amateur und Professional dulden. Aber unbedrückt klafft das Geldloch an die Uhr, unerbittlich rüttelt es an den Grundmauern des Sports, an den Grundmauern der Bewegung. Freddy Budzinski, warum hat er nicht gekämpft? Praktisch besteht doch die Klasse längst. Wir erinnern nur an das Amateurauto des Weltmeisters Engel. Da haben wir die praktische Anerkennung durch den Bund. Er ist ja gegen Engel nicht ein geschritten.

Durch die Presse ging vor kurzem die Meldung von der Konfessionsklärung des U.S.B. Nürnberg mit 150.000 Mark Ballonen und des S.H. Sten dal. Nun ist die dritte Seite da. Die dem Deutschen Fußballbund angehörende Spielvereinigungen „Hohenzollern-Hertha“ Kiel hat ebenfalls Konfession anmelden müssen. Wie kommt man ausgerechnet an dem Namen? Selbst im Deutschen Fußballbund hätte man wissen dürfen, daß „Hohenzollern“ Unheil bedeutet. Die Meiste war schon durch den Namen bedingt. „Wit-Hohenzollern“ ist doch im neuen Deutschland wirklich nichts mehr anzufangen.

Der bürgerliche Olympia-Klauf wird immer toller. Täglich findet man Meldungen, daß dieses oder jenes Land teilnimmt oder nicht teilnimmt. Mal steht Finnland auf der Verursachungsliste, mal macht es wieder mit; mal kommt aus Großbritannien ein gekürzter Einsatz gegen die sogenannte „Ber die Aus rückerhaltung“ (wir sind überzeugt, daß sie sehr die ausfällt), dann macht man auch dort wieder mit. Zwischendurch wird gebettelt mit Methoden, die alles andere als amerikanische Reklamemethoden der Deutschen Sportbehörde verraten. Über der Zweck heiligt die Mittel, auch dann, wenn sich angeblich acht Millionen organisierte bürgerliche Sportler in Deutschland mit der lächerlichen Summe von 43.000 Mark gliedern. Das ganze Geschäft ist eine höchst widerliche Angelegenheit, die das System der bürgerlichen Sportbewegung wieder einmal in aller Deutlichkeit kennzeichnet. Es geht lediglich um die Züchtung einiger „Kanonier“, mehr mit denen man in Amsterdame „Ehre einlegen“ will. Was das der deutschen Volkssportbewegung soll, wird kein bürgerlicher Sportler verraten können.

## Bezirksvertreterkonferenz in Sachsen.

Der 4. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hielt am Mittwoch in Dresden seine Bezirkskonferenz ab. Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht, den Bezirksvertreter Völsche erstattete, war zu entnehmen, daß sich die Verhältnisse im Kreis bedeutend gebessert haben. Starke Förderung erhielt das eigene Jugendherbergswesen. 316 Kreisvereine haben eigene Liegenhäuser, 175 Spiel- und Sportplätze, 103 Turnhallen, 21 Bäder, 7 Woodhäuser, 2 Unterluntheime und 2 Springen. Die vom Staat gewährten Mittel wurden in einem Darlehnsstudium angelegt, so daß vielen Vereinen bei ihren Bauvorhaben geholfen werden konnte. Die Bundeswertwoche hatte

den Erfolg, daß 19 Vereine sich neu anschlossen. Der Schaden der Landesvereine im Umkreisgebiet des sächsischen Graebinger betrug gegen 78.000 Mark. Die Unfallkosten sind etwas gelindert.

Nach längerer Ausprobieren in der die Beschlüsse und die Haltung des Kreisrates einmütig gebilligt wurden, beauftragte Bundesvorsitzender Heller die Haltung des Bundesvorstandes, besonders in der Frage des sportlichen Verkehrs mit den Russen. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Verhältnisse in den einzelnen Teilen des Reiches so verschiedenartig liegen, daß die Tatigkeit nicht einem einzigen Prinzip unterstellt werden darf. In der anschließenden Aussprache wurde vor allem eine sachliche Stellungnahme gegenüber den linksstehenden Kampfverbänden und den Gewerkschaften gefordert, soweit diese Sport- und Spielvereinigungen einrichten und planmäßig Leibesübungen treiben. Ihrer Aufnahme im Arbeiter-Turn- und Sportbund dürfe nichts entgegenzusetzen, wenn sie sich dessen Grundzüge zu eigen machen.

Die Kreisturnwart Rautz und Ken sprachen anschließend über die Vorbereitung und die Geländeanordnung zum dritten Kreisfest, die allgemeine Zustimmung fanden. Der Kreis tag aller Sparten wurde auf den 15. April in Dresden festgelegt. In Aussicht genommen sind drei Kurse für geschäftliche und technische Funktionäre. Für den weiteren Ausbau des Herbergsnetzes wurden 10.000 Mark bereitgestellt.

## Ein Arbeiterportereignis in Köln

War trotz der Fußballnationalen Deutschland-Holland die große Morgenveranstaltung der Kölner Bezirksschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Reichshallen-Theater. Obwohl die Veranstaltung nicht durch sensationelle Reklame vorbereitet war, konnte die Bezirksschule vor mehr als zweieinhalb Tausend Zuschauern ihre multimedialen Werbeveranstaltung durchführen, die sich zweifelslos im Sinne des Arbeiterports ausbreitend auswirken wird. Der Feier wohnten bei der Kölner Regierungsvorstand Erben, Vizepräsident v. Sarnack, der Polizeipräsident, Bürgermeister Büttner, Reichstagsabgeordneter Schumann und andere prominente Persönlichkeiten. Ein Beweis, wie die Leistungen des Arbeiterports im öffentlichen Leben Beachtung finden. Der Zweck der Veranstaltung war, einem größeren Kreis einen Querschnitt durch die gesamte Hebungsbauarbeit der Schule zu geben, die nach dem Muster der Bundeschule in Betrieb arbeitete. Das ist in ausserordentlicher Weise gelungen. Immer wieder wurde das Publikum zu stürmischem Beifall hingerissen. Die Morgenfeier war ein voller Erfolg für den Arbeiterport.

## Die thüringischen Arbeiterportler sind zu beklagen.

Den Vertretern der thüringischen Ortsstellen der D.T.S. lag auf der letzten Tagung in Gera vom Landesauswahlschuß für Körperliche Erziehung ein Bericht vor, nach dem das Land Thüringen für Förderung der Leibesübungen Lage und Stärke ganz anders darstellte als die gesamte dem Landesrat angehörenden Verbände auswirft. Die enorme Summe wird auch noch in zwei Raten gezahlt. Die thüringische Landesregierung bringt aber eine wunderwürdige Staatsmedaille für hervorragende sportliche Leistungen zur Verteilung.

# Sport des Sonntags.

Breslau, den 12. Dezember 1927.

## Serienfußkämpfe im Ringen.

Freie Sportvereinigung 1897 II Bezirksmeister.

Am gestrigen Sonntag beendete der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athletenbundes seine Mannschafskämpfe im Ringen der B-Klasse für 1927/28. Von den gemeldeten 6 Mannschaften zog „Jugendkraft“-Hundsfield die ihrige zurück, ihren Gegnern die Punkte überlassend. Die letzten Treffen hatten folgenden Ausgang: Die 3. Mannschaft der „1897“ er wurde kampflöser Sieger über die 1. Mannschaft des Arbeiter-Athletenvereins Breslau, die es vorzogen, trotz Anwesenheit nicht anzutreten; ein wenig sportliches Zeichen. „West 21“ 1. Mannschaft unterlag der Freien Sportvereinigung, „1897“ 2. Mannschaft im Vorkampf nach phasenreichen Gängen, um auch im Rückkampf die Überlegenheit des Bezirksmeisters anerkennen zu müssen.

Vorkampf: Fr. Sportvereinigung, „1897“ II — „West 21“ I 8:6; Freie Sportvereinigung, „1897“ III — Arbeiter-Athletenverein I für „1897“; „Nordost II“ — „Hundsfield I“ für erstere.

Rückkampf: Fr. Sportvereinigung, „1897“ II — „West 21“ I 9:5; Freie Sportvereinigung, „1897“ III — Arbeiter-Athletenverein I für „1897“; „Nordost II“ — „Hundsfield I“ kampflös für erstere.

Die Tabelle zeigt folgenden Schlusstand:

Reihe	Spiele	Kämpfe	gew.	unentf.	Punkte
1. Sporting, „1897“ II	10	9	—	1	19:1
2. Nordost II	10	6	1	3	15:5
3. West 21	10	6	3	1	13:7
4. Fr. Sporting, „1897“ III	10	4	5	1	9:11
5. Arb. Athleten-V. I	10	2	8	—	4:16
6. Hundsfield	10	—	10	—	0:20

Freie Sportvereinigung, „1897“ II konnte somit zum dritten Male die Kämpfe in der B-Klasse erfolgreich beenden.

## Football-Resultate.

Wacker I — Hertha I . . . . .	5:5
1921 I — Zottwitz I . . . . .	10:1
Silesta-Riders I — Rapid I . . . . .	3:2
Silesta-Riders II — Bratislawia II . . . . .	6:0
Sil.-Rid. 1. Jgd. — Bratislawia 1. Jgd. . . . .	0:0
Df I — 1924 I . . . . .	5:0
Union Schüler — Freie Sportfreunde Schüler Waldenburg 2:0	
Union 1. Jgd. — Freie Sportfreunde 1. Jgd. Waldenburg 2:2	
Union I — Freie Sportfreunde I Waldenburg . . . . .	4:2
Süd 1. Jgd. — Rapid 1. Jgd. . . . .	8:0

## Handballspiel der Männer-C-Klasse.

Die Spiele der Männer-C-Klasse neigen dem Ende zu. Bei eifrigem Schneetreiben kriegten um 10 Uhr drei Spiele. In Köpenick standen sich 6. Abteilung II und 1. Abteilung II gegenüber, wobei die 6. Abteilung dank ihrer besseren Spielweise gewann und somit

## Sonntagabend, den 17. Dezember 1927, abends

### 8 Uhr, im Gewerkschaftsausschuß

#### Gesamtvorstandssitzung des 1. Bezirks

#### der Turn-, Fußball- und Wassersportverbände.

#### Bereitstellung einer gemeinsamen Bezirksstagung.

Kein Genosse darf fehlen!

Knobloch, Bezirksvertreter.

ihre Spitzenstellung weiter befestigte. In Dswitz standen sich der Wahlfestler G.W.D. II und 4. Abteilung I gegenüber; das interessante Treffen endete unentschieden. Im Stadion standen sich Poseidon II und Nordost II gegenüber, wobei Nordost durch bessere Spielweise gewann. Auf der Helmütze standen sich 2. Abteilung II und Neutisch II gegenüber; das Treffen endete unentschieden. Als einziges Jugendspiel stieg um 9 Uhr im Stadion 7. Abteilung I — Poseidon I. Jgd.; das Spiel endete torlos. Am Nachmittags stieg im Eisenpark ein Gesellschaftsspiel Gaudau I — 1. Abteilung I. Das Treffen endete nach sehr interessanter Kampfe mit einer Niederlage der 1. Abteilung.

Resultate:

Reihe	Spiele	Kämpfe	gew.	unentf.	Punkte
6. Abteilung II — 1. Abteilung II . . . . .	1:0	1:0	0:0	0:0	(0:0)
Nordost II — Poseidon II . . . . .	2:1	2:1	2:1	1:1	(1:1)
G.W.D. II — 4. Abteilung I . . . . .	0:1	0:1	0:0	0:0	(0:0)
Jugend A-Klasse:					
Poseidon I — 7. Abteilung I . . . . .	0:0	0:0			(0:0)
Gesellschaftsspiel:					
Gaudau I — 1. Abteilung I . . . . .	9:0	9:0			(3:0)

## Fußballvorschau für Sonntag.

### Hindenburg—Breslau.

Auch in diesem Jahre ist es der heiligen Zeitung gelungen, die Zwischenrunde um die Kreismeisterschaft nach Breslau zu bekommen. Es treffen sich in Klein-Gandau (Guhl), B. f. L. Platz, die beiden Meister, Gade I Hindenburg und Süd I, Breslau. Das Spiel steigt 13.30 Uhr. Beide Mannschaften sind schon mehrere Jahre Spitzenreiter in ihren Bezirken, bisher konnte Süd, wenn auch knapp, die Oberhand behalten. Ob es ihnen in diesem Jahre gelingen wird, ist sehr fraglich. Die Obermeister haben sich in letzter Zeit stark verbessert und werden alles daran legen, die Breslauer zu bezwingen. Eine Voraussetzung zu treffen, ist bei der Gleichwertigkeit beider Mannschaften eine Unmöglichkeit. Da die Eintrittspreise sehr niedrig gehalten sind, ist der Besuch jedem Anhänger des Arbeiterports zu empfehlen. Der Platz ist mit der Straßenbahn, Linie 5 und 6, bequem zu erreichen.

## Handball-Serien Spiele am Sonntag, den 18. Dezember.

Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Gegner, Platz, Schiedsrichter.

Männer: C-Klasse.  
 10.00 Moabern-Neutisch; L.-S.-B.; Genatich, Bräuer.  
 10.00 1897 — 4. Abt.; Helmütze; Knapf, Fabian.  
 10.00 G.W.D. — Nordost; Dswitz; Baser, Nagel.  
 10.10 7. Abt. — 1. Abt.; Eisenpark; Ged. Heider.  
 15.00 2. Abt. — Poseidon; Helmütze; Groppisch, Wallenburg, Alfred.

## Jugend: B-Klasse.

14.00 2. Abteilung — 5. Abteilung; Helmütze; Groppisch, Wallenburg.

## Sportlerinnen:

15.00 3. Abteilung II — Nord-Ost; 5. Abteilung; Reichel, Kalua.

## Freundschaftsspiele:

14.30 Nord-Ost I — 1. Abteilung I; Dswitz; Welt, Zahn.

Protokoll. Auf dem Platz der 7. Abteilung steigt um 9 Uhr das Protokollspiel zwischen 3. Abteilung Jugend — Moabern. Jugend, um 9 Uhr, Platz baut die 7. Abteilung. Halle stellt der Spielerschluß. Schiedsrichter sind die Bundesgenossen Gebader Sieder.

## Handball-Serien Spiele am 18. Dezember.

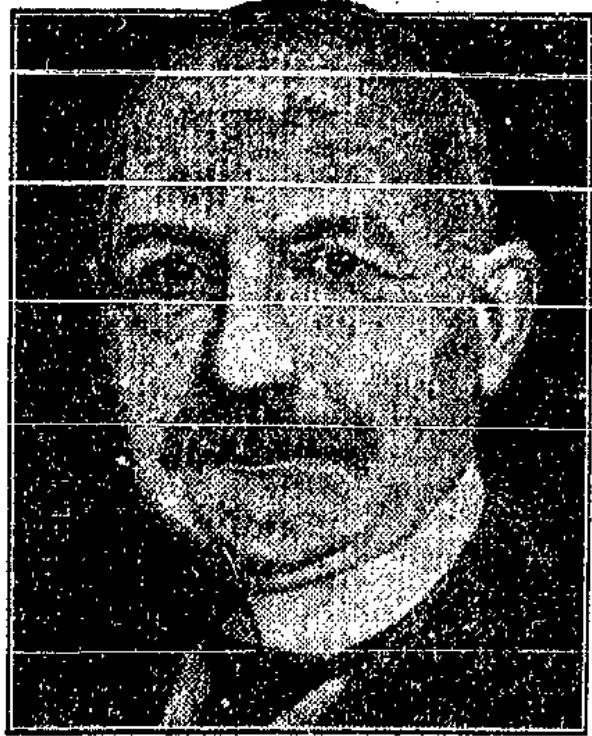
### Männer: C-Klasse:

10.00: Moabern — Neutisch; G.W.D.; Genatich, Bräuer.  
 10.00: 1897 — 4. Abteilung; Helmütze; Knapf, Fabian.  
 10.00: G.W.D. — Nordost; Dswitz; Baser, Nagel.  
 10.00: 7. Abteilung — 1. Abteilung; Eisenpark; Ged. Heider.  
 15.00: 2. Abt. — Poseidon; Helmütze; Groppisch, Räder.



# Aus aller Welt.

## Silbe für den Deutschen Osten.



Ministerialdirektor Dr. Damann.

Nach übereinstimmenden Entschliessungen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung ist im Reichsministerium des Innern eine Verwaltungsstelle eingerichtet, die die einheitliche und beschleunigte Behandlung aller auf Ostpreußen bezüglichen Fragen sicherstellen soll. Zum Leiter der Verwaltungsstelle ist Ministerialdirektor Dr. Damann bestimmt worden.

## 73 Bergarbeiter verschüttet.

In einem Bergwerk in Zentral-Rußland wurden 73 Bergarbeiter verschüttet. 20 davon konnten nur als Leichen geborgen werden. Festige Schneefürne sollen die Ursache des Unglücks sein.

## Zugunglück auf einem Wiener Bahnhof.

Sonntagabend, gegen 9 1/2 Uhr abends, ereignete sich auf dem Hauptbahnhof in Wien ein schweres Zugunglück. Der fahrende D-Zug fuhr infolge Nichtbeachtung des Haltesignals mit einer Geschwindigkeit von 30 Kilometer pro Stunde auf den Vordruck auf. Unter den Reisenden entstand eine Panik. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, dürften etwa 16 Personen verletzt worden sein, von denen neun durch die Rettungsgesellschaft in ihre Wohnungen gebracht wurden. Die Verletzten sind durchweg Wiener. Nach Angabe des Lokomotivführers soll ein Bremsdefekt an der Lokomotive die Ursache des Unglücks gewesen sein.

## Die Schreckenstaten in Großwardein.

Bei den skandalösen Vorgängen in Großwardein wurden 20 Personen verletzt. Der Sachschaden wird auf 50 Millionen Lei geschätzt. Selbst rumänische Offiziere wurden von den Studenten angegriffen. Das Leben in Großwardein selbst ist wie ausgestorben. Der Verkehr ist vollständig. 1500 Studenten wollten auch in Grad Blünderungen veranstalten. Auf dem Bahnhof jedoch zog die ungarische Arbeiterschaft einen Kordon, um die Bande und ließ verhindern, daß sie jeden Versuch, in die Stadt einzubringen, zurückweisen würde. Darauf zogen die Studenten ab. In Klausenburg blieb kein einziges Geschäft jüdischer oder ungarischer Kaufleute vor den Verwüstungen verschont. Die Bethäuser wurden verwüstet, die Thoraxrollen geraubt, angezündet und auf Stangen durch die Stadt getragen. In Großwardein machten die Studenten selbst vor der Niederlassung einer englischen Fabrik nicht halt, sie rissen die englische Flagge herunter und traten sie in den Schmutz. Ein Wiener Augenzeuge, der in Großwardein war, erklärt, daß Militär und Gendarmerie den ausdrücklichen Befehl erhalten hätten, gegen die Demonstranten nicht vorzugehen. Die Studenten hoben das Militär einfach zur Seite und brangen in die Geschäftsläden ein, während auch die Gendarmerie diesem Treiben untätig zusah. Im Bukarester Senat bezeichnete der Universitätsprofessor Boila den Unterstaatssekretär im Innenministerium Tarbarescu als den Anstifter dieser Greuelstaten.

## Aus dem Zuchthaus entsprungen.

Aus dem Zuchthaus in Sonnenburg sind in der Nacht zum Sonnabend fünf Sträflinge entwichen, nach denen jetzt die Berliner Polizei sucht, da ein Teil von ihnen bereits in Berlin gewesen ist und anzunehmen ist, daß sie sich wieder frei werden. Alle Entwichenen sind wegen schweren Raubes und Einbruch zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt worden und hatten noch durchschnittlich vier bis fünf Jahre zu verbüßen. Der ebenfalls aus dem Zuchthaus Sonnenburg Mitte November entwichene, zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Griech Hoffmann wurde am Sonnabend hier am Lehrter Bahnhof, als er im Begriff stand, nach Hamburg abzufahren, festgenommen.

## Großfeuer in Berlin.

Im Hause Tauentzienstraße, Ecke Passauer Straße in Berlin brach am Sonnabend nachmittag, gegen 4 Uhr, Feuer aus. Der Dachstuhl sowohl nach der Tauentzienstraße wie nach der Passauer Straße hin, war in Brand geraten. Die Bewohner der obersten Etage mußten ihre Wohnungen verlassen. Ein Feuerwehrmann erlitt schwere Brandwunden. Weiter unten noch drei Feuerwehrmänner an Rauchvergiftung.

## 30 Opfer der Kältewelle.

Der Kälte, die in den letzten Tagen in ganz Amerika eingetreten ist, sind bisher 30 Menschen zum Opfer gefallen. Der Sachschaden wird auf viele Hunderttausend Dollar geschätzt. In Chicago allein sind neun Todesopfer zu verzeichnen.

## Künstlicher Dauerschlaf von 120 Stunden.

Am Sonnabend abend wurde in Stuttgart der Falie Tota, der sich am vergangenen Montag zu einem 120-Stunden-Schlaf in einem gläsernen Sarg hatte begraben lassen, „wiedererweckt“. Dieser Sarg wohnten etwa 5000 Personen bei. Als das Grab bis zur Hälfte ausgeschaufelt war, ertönte die Marmelade zum Zeichen dafür, daß Tota erwacht war. Nach darauf wurde der Sarg herausgehoben und festgestellt, daß die Siegel und Wände sowie die Glasscheiben unversehrt waren. Als man Tota dann befreite, zog er sich die langen Nadeln aus Wangen, Ohren und Hals, die er sich vor der Eingrabung hineingestoßen hatte. Darauf verlangte er nach Wasser und einige Löffel Mehlbrei. Eine Feststellung der Ärzte ergab, daß Tota in den 120 Stunden 10 Kilogramm abgenommen hatte und total erschöpft war.

## Festnahme eines Krankenhauses.

Auf Grund der Steckbriefkontrolle gelang es der Potsdamer Kriminalpolizei, am Sonnabend im Städtischen Krankenhaus einen eigenartigen Betrüger festzunehmen. Im Krankenhaus hatte sich ein Herr v. Salder aufnehmen lassen, der als ein aus dem Westen Deutschlands stammender Heinrich Spahn erkannt wurde, der bereits in vier Krankenhäusern umfangreiche Diebstähle verübt hat. Spahn, der tatsächlich schwerkrankschädigt ist, dem mehrere Rippen fehlen und der auch ein schweres Lungenleiden hat, ließ sich in die Krankenhäuser aufnehmen und verübte dort Diebstähle. Bei einem neuen Versuch wurde er in Potsdam festgenommen.

## Zwei Kinder durch Gasvergiftung ums Leben gekommen.

Sonntag nacht fand der Schlosser Müller, als er mit seiner Ehefrau in die Wohnung zurückkehrte, seine drei Kinder, zwei Knaben im Alter von 6 bzw. 3 1/2 Jahren und ein Mädchen im Alter von 2 1/2 Jahren, in ihren Betten liegend durch Gas vergiftet vor. Wiederbelebungsversuche waren nur bei dem ältesten Kinde von Erfolg, bei den beiden anderen konnte der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die Ursache der Gasvergiftung ist noch nicht geklärt.

## Ein 100 000-Mark-Gewinn.

Am Sonnabend wurde der Hauptgewinn der dritten Ziehung der Preussischen Klassenlotterie gezogen, der 100 000 Mark beträgt. Er fiel auf die Losnummer 245 594. Beide Abteilungen wurden in Berlin gespielt. Die glücklichen Gewinner sind einfache Leute. Der 50 000-Mark-Gewinn fiel auf die Losnummer 285 412, die in der einen Abteilung in Berlin, in der anderen in Mühlhausen (Thüringen) gespielt wird.

## Der neue estnische Ministerpräsident.



Jan Tonisson, Führer der Volkspartei.

## Ein Lebemann von 15 Jahren.

Ein 15-jähriger Laufbursche in Berlin nahm seiner Mutter ein Sparlassenbuch von 1500 Mark weg und eignete sich zwei Barschecks seiner Firma über 80 Mark an. 1450 Mark hob er von der Sparrasse ab und machte die Checks zu Geld. Dann amüsierte er sich drei Tage lang und spielte auf der Friedrichstraße den Lebemann. Als er in einem Hotel festgenommen wurde, hatte er noch ganze 10 Mark.

## Einbrecher im Café „Waterland“.

In der Nacht zum Sonnabend suchten Geldschrankknacker die Büroräume des bekannten Café „Waterland“ am Potsdamer Platz in Berlin heim. Die Diebe drangen vom Dach aus in das Kontor ein, zerklügelten eine Fensterscheibe und brachen mit einem Schweißapparat einen Geldschrank auf, in dem sie 2000 Mark fanden. Auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, verschwanden sie wieder.

## Beleidigung der Kirche.

Der Redakteur der kommunistischen „Sozialistischen Republik“ in Köln war wegen Beleidigung der katholischen Kirche angeklagt. Das Blatt hatte geschrieben, daß das Kloster von Konnerstreu ein geschickter Hochstaplertrick der katholischen Kirche sei. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin Anklage wegen grober Beleidigung der Kirche erhoben. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe.

## Liebestragödie in Berlin-Kaulsdorf.

In der Nähe des Bahnhofs Kaulsdorf-Berlin spielt sich in der Nacht zum Sonnabend eine Liebestragödie ab. Der 35-jährige Redakteur Willi Braetisch tötete die 22-jährige Eva Wilke durch einen Kopfschuß und brachte sich dann einen Schläfenchuß bei. Beide waren sofort tot. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Braetisch, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, die Tat aus wirtschaftlichen Sorgen beging.

## Wegen zu hoher Bodenmiete verurteilt.

Wegen Mietwuchers mit Läden wurden 4 Hallische Hausbesitzer mit Geldstrafen von 100 bis 500 Mark belegt. Sie hatten an Ladenmieten bis 400 vom Hundert der Friedensmiete gefordert, während der Sachverständige für besonders begünstigte Läden in bester Lage höchstens 225 vom Hundert als zulässig erklärte.

## Steuerliche und Zollwucher stürzen das finnische Sozialkabinet.



Ministerpräsident Tanner.

Die sozialdemokratische Regierung Tanner, die seit etwa einem Jahre im Amt ist, demissionierte, weil sie im Reichstag bei der Abstimmung über ihre neuen Steuer- und Zollvorschlüsse, zumal in der Frage des Roggenzolls, für ihre Anträge eine Mehrheit nicht zu erzielen vermochte.

## Zusammenstoß von Auto und Motorrad.

In der Nacht zum Sonnabend stieß bei Wendorf (Koblenz) ein Auto im dichten Nebel mit einem Motorrad zusammen. Der Motorradfahrer war sofort tot, der Begleiter erlag seinen Verletzungen am folgenden Tage.

## Unfall an einem Eisenbahnübergang in Braunschweig.

Sonntag früh gegen 2,45 Uhr, wurde zwischen Bahnhof Braunschweig-Ost und dem Hauptbahnhof auf einem mit Schranken versehenen Uebergang ein mit 14 Personen besetzter Autobus von einer leer fahrenden Lokomotive erfaßt und zertrümmert. Der Grund liegt in vorzeitigem Öffnen der für einen anderen Zug geschlossenen Schranken. Sieben Personen wurden leicht verletzt, eine von ihnen erlitt eine Kopfverletzung und befindet sich im Landeskrankenhaus, die anderen konnten ihren Weg zu Fuß fortsetzen. Der Eisenbahnbetrieb ist nicht gestört.

## Selbstmord eines Polizeiwachmeisters.

Auf seiner Dienststelle, der Hauptwache der berittenen Schutzmannschaft in Saarbrücken, hat sich Sonntagabend früh der Polizeiwachmeister Abt erschossen. Die Gründe zur Tat liegen vermutlich darin, daß Abt vor einigen Tagen das einzige Zimmer, das er mit seiner Frau und seinen beiden infolge der schlechten Wohnungsverhältnisse erkrankten Kindern bewohnte, zwangsweise hatte räumen müssen.

## Einweihung der neuen Hamburger Elbbrücke.

Sonntagabend wurde nach einem feierlichen Einweihungsakt der zweite und letzte Teil der neuen, neben der Freihafenbrücke befindlichen großen Eisenbahnbrücke über die Nordreihe in Hamburg in Anwesenheit des Hamburger Bürgermeisters Dr. Peter sen in Betrieb genommen. Ueber die neue Brücke bewegt sich jetzt mehr als die Hälfte des gesamten Verkehrs von und nach Hamburg.

## Explosionsunglück auf einem Rittergut.

Auf dem Rittergut Horbeck bei Wansfelde (Bezirk Halle) fing eine mit Benzin gefüllte Kanne Feuer und explodierte. Dabei erlitten drei Polen schwere Verletzungen; sie wurden dem Krankenhaus Ascherleben zugeführt. Einem vierten Mann wurde das Gesicht verbrannt.

## Kindesmord im Herzogschloß.

Ein aufsehenerregender Kindesmord hat sich im herzoglichen Schloß in Dessau ereignet. Eine Kammerfrau der Herzoginwitwe von Anhalt kam nachts nieder. Am nächsten Morgen mußte sie einen Arzt aufsuchen, dem sie gestand, das Kind in den Kasten einer Komode gelegt zu haben. Dort fand man es erst tot auf.

## Der Selbstmordversuch der Schauspielerin Köppl.

Das Befinden der Wiener Schauspielerin Köppl, die einen Selbstmordversuch unternommen hatte, hat sich soweit gebessert, daß sie, falls keine Komplikationen eintreten, gerettet werden dürfte.

## Vulkanische Erscheinung in Südserbien.

In einer Schlucht des Berges Plaskawiza in der Nähe des Dorfes Prilitchani (Südserbien) erfolgte ein von einer unerhört gewaltigen Explosion begleiteter Erdstöß. Die Explosion wurde im ganzen Gebiet zwischen Shtip und Kofschane in Südserbien wahrgenommen. Die Bevölkerung wurde von einem panikartigen Schrecken ergriffen und glaubte zuerst an ein Attentat. Die Behörde stellte jedoch fest, daß die seltsame Erscheinung vulkanischer Natur war. Die örtliche Ueberlieferung berichtet, daß ein alter, Ulonia genannter Krater, der seit vielen Jahren ausgelöscht ist, nach langen Regenperioden wieder tätig wird. Alle Bauern bleiben aber dieser Erklärung gegenüber skeptisch, sie erinnern sich zwar an mehrere von diesem Krater herrührende Explosionen, doch sollen sie niemals so gewaltig gewesen sein. Mehrere Personen seien bei dem unerhörten Getöse in Ohnmacht.

## Im Kampf mit einem Landjäger erschossen.

Ein Arbeitsloser aus Linzort sollte wegen Zerschmetterung festgenommen werden und geriet dabei mit einem Landjäger in einen Kampf, in dessen Verlauf der Beamte von seiner Waffe Gebrauch machen mußte. An den erlittenen Verletzungen ist der Arbeitslose gestorben.

## Theaterbrand in Madrid.

Das in dem volkreichen Viertel Lavapies von Madrid gelegene Theater Barbiers wurde Sonntagabend am frühen Morgen von einer Feuersbrunst zerstört. Kein Menschenleben ist zu beklagen.

## Der französische Flieger Corbu tödlich verunglückt.

Der Flieger Corbu ist Sonntagabend vormittag bei einem Hebungsfug mit seinem Flugzeug aus 150 Meter Höhe über der Gemeinde Dugny, etwa 1 1/2 Kilometer vom Flugplatz Le Bourget entfernt, abgestürzt. Er und der ihn begleitende Mechaniker konnten nur als Leichen aus den Trümmern des Apparates geborgen werden. Wie erinnert hat Corbu zusammen mit dem Flieger Givon an Bord des Flugzeugs „Blauer Vogel“ den Atlantischen Ozean überfliegen wollen, mußte aber kurz nach dem Start wieder umkehren.

# Zum nieder-schlesischen Sanierungsprogramm.

Die Schlesi'sche Provinzial-Korrespondenz schreibt:

Die öffentlichen und privaten Vertretungen der Wirtschaft und die kommunalen Entschliessungen Niederschlesiens haben Vorschläge zur Untersuchung und Behebung der niederschlesischen Wirtschaftsaufstellung, die sie an die Reichsregierung und an die preussische Regierung gerichtet und auch der gesamten niederschlesischen Presse zur Verfügung gestellt haben. Wir haben schon vor mehreren Wochen in großen Blättern den Inhalt dieser nieder-schlesischen Verkehrsprogramme veröffentlicht, indem wir ein nieder-schlesisches Sanierungsprogramm hinzugefügt wurde.

Bei der Verteilung der drei Programme ist man recht deutlich, daß sie ein Kompromiß darstellen, dem die verschiedenen Verbände, die es unterzeichnet haben, schließlich zugestimmt haben, um überhaupt zu einer einheitlichen Stellungnahme für die Provinz zu gelangen. Man kann deshalb auch die einzelnen Verbände, die das Programm unterzeichnet haben, nicht ohne weiteres mit allen Vorschlägen identifizieren, die in dem Programm enthalten sind. Wir sind den Vorherigen voraus, damit die einen oder die anderen Verbände die im folgenden geäußerte Kritik nicht ohne weiteres auf sich beziehen. Es geht nicht an, irgend einen der Unterzeichner für irgend einen Vorschlag ohne weiteres verantwortlich zu machen.

## 1. Das nieder-schlesische Verkehrsprogramm.

Diesem Programm wird leider eine Einleitung vorausgeschickt, die zum Teil unklar, zum Teil falsch ist. Zum mindesten unklar ist zum Beispiel die Behauptung, daß die durch die im Versailler Friedensvertrag begründete Gebietsabtretung im Osten der Provinz Niederschlesien die Hälfte ihres „natürlichen“ Absatzgebietes genommen habe. Was ist das natürliche Absatzgebiet? Bezieht man darunter nur das Absatzgebiet im deutschen Inland oder rechnet man dazu auch Teile des benachbarten Auslandes? Unklar ist in dem Verkehrsprogramm das erstere der Fall. Wir sind aber der Meinung, daß auch die benachbarten ausländischen Gebiete zu den natürlichen Absatzgebieten eines bestimmten Wirtschaftsgebietes gehören. Nun hat die Provinz Niederschlesien durch die Gebietsabtretungen zwar tatsächlich die Hälfte der inländischen, ihr unmittelbar benachbarten Absatzgebiete verloren (früheren Provinz Posen, Ost-Oberschlesien und GutsMuthsches Landchen). Aber sie hat diese Gebiete doch nur verloren als Inlands-Absatzgebiete. Damit hat sie sie aber nicht ohne weiteres als unmittelbare Absatzgebiete überhaupt verloren. Vielmehr beruht der Verlust dieser Gebiete als Absatzgebiete auf Tatsachen, die mit den Gebietsabtretungen und dem Versailler Friedensvertrag an sich nichts zu tun haben, nämlich auf der Tatsache deutschen, polnischen und tschechoslowakischen Außenhandelspolitik.

Die Auffassung, daß die bloße Zugehörigkeit eines Gebietes zu einem anderen Staatsverband bereits genügt, damit ein bestimmtes Gebiet, das in unmittelbarer Nachbarschaft liegt, nicht mehr als natürliches Absatzgebiet in Frage kommt, halten wir für falsch. Unmittelbar benachbarte Auslandsmärkte sind nur deshalb geschäftlich schwieriger zu bearbeiten als Inlandsmärkte, weil die Staaten sich künstlich durch zollpolitische Maßnahmen aller Art gegeneinander abschließen. Dieser Protektionismus, der in Europa immer noch die Oberhand hat, ist deshalb der eigentliche Grund dafür, daß handelsrechtlich verlorengegangene Gebiete auch als Absatzmärkte zum Teil verlorengegangen sind.

Insofern ist es der deutsche Zollkrieg, der in den letzten Jahren Niederschlesien den größten Teil seines bisherigen Absatzgebietes genommen hat, nämlich den unmittelbar an Niederschlesien grenzenden Teil der früheren Provinz Posen und des früheren Kongresspolens einschließlich des jetzigen Ost-Oberschlesiens.

Ähnlich unklar und unzureichend sind die Feststellungen, die das Programm über die Abschneidung der früheren Bezugsgebiete macht. Gewiß hat gegenwärtig Niederschlesien wichtige frühere Bezugsgebiete nicht mehr, wenigstens zurzeit nicht mehr. Als wichtigstes kommt da wohl in Frage Ost-Oberschlesien mit seinen Zink- und Kohlenvorräten. Die Ursache für diesen Verlust liegt aber wiederum nicht in der Abtretung Ost-Oberschlesiens an sich, sondern in der deutsch-polnischen Zollpolitik. Wir könnten aus Ost-Oberschlesien Zink, Eisen und Kohle jederzeit in aller Höhe beziehen, wenn wir sie nur selbst nach Deutschland hineinschieben. Wenn die niederschlesische kohlenerzeugende Industrie die ostoberschlesische Kohle heute nicht mehr beziehen kann, so liegt das daran, daß die deutsche Regierung die Einfuhr ostoberschlesischer Kohle nach Deutschland seit einigen Jahren verboten hat; und es geht in dem deutsch-polnischen Zollkampf bzw. in den gegenwärtig in Gang befindlichen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ja gerade darum, daß die Polen wiederum ein bestimmtes Kontingent an Kohle erreichen wollen, die sie nach Deutschland ausführen können. Auf diese Dinge geht das niederschlesische Verkehrsprogramm in seiner allgemeinen Einleitung überhaupt nicht ein. Der Zollkrieg und seine Wirkungen auf die niederschlesische Wirtschaft werden im niederschlesischen Verkehrsprogramm überhaupt nicht erwähnt. Lediglich im dritten Teil des Programms, im niederschlesischen Siedlungsprogramm, wird einmal der Zollkrieg kurz erwähnt, indem darauf hingewiesen wird, daß die „wirtschaftsgeographisch exponierte Lage der Provinz Niederschlesien“, „vollends bei Abschluß durch Zollkrieg“, eine sehr starke Berührung der Wirtschaftsmöglichkeiten der Provinz“ zur Folge habe.

Gleiches ist die Provinz Niederschlesien wirtschaftlich zur Zeit recht exponiert. Es ist aber eine völlige Verkennung der Tatsachen, wenn man diesen Umstand als eine wirtschaftsgeographische Erscheinung bezeichnen. Wirtschaftsgeographisch ist die Lage der Provinz Niederschlesien durchaus nicht ungunstig, da sie in der Nähe einer ganzen Reihe von wichtigen Kohlenfeldern liegt. Exponiert ist die Lage der Provinz Niederschlesien nur durch wirtschaftspolitische Umstände geworden. Und die exponierte Lage der Provinz Niederschlesien ist eine rein wirtschaftspolitische Erscheinung, da sie lediglich auf der zollpolitischen Abschließung Niederschlesiens von den es umgebenden, wirtschaftlich zu ihm gehörenden Gebieten in Polen und der Tschechoslowakei beruht. Das wird völlig verkannt, und es wird deshalb auch nicht die Konsequenz gezogen, die unbedingt zu ziehen wäre, daß die erste Bedingung zur Behebung der niederschlesischen Notstände ist, daß der deutsch-polnische Zollkrieg möglichst schnell beseitigt wird, und daß mit Polen und mit der Tschechoslowakei möglichst bald Handelsverträge abgeschlossen werden, die möglichst enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen Niederschlesien und Polen und zwischen Niederschlesien und der Tschechoslowakei zulassen. Das heißt Handelsverträge, die die Zollschranken zwischen Deutschland und Polen wie auch der Tschechoslowakei möglichst weitgehend abheben. Diese Forderung nach möglichst weitgehendem Freihandel zwischen Deutschland und Polen hätte im Interesse der niederschlesischen Wirtschaft an die Spitze eines Programms gestellt werden müssen, das Vorschläge zur Behebung der niederschlesischen Notstände machen will. Darum, daß das unterlassen ist, ist das gesamte Programm von vornherein eitelwert gelassen.

Wenn wir die Einfuhr an Kohlen aus den Schlessen unmittelbar benachbarten Produktionsgebieten, wie insbesondere die polnischen-Oberschlesien selbst verhindern, ist es freilich richtig, daß die Kohlenfrage für Niederschlesien leichter geworden ist im Vergleich zur Notstandszeit, obwohl in manchen Fällen die Versorgung auch dann nicht so groß ist, wie vielfach behauptet wird. Sagen wir aber nicht die Kohlen frei nach Niederschlesien herin, so ändert sich sofort die Lage der Sache. Die Kohlenversorgung Niederschlesiens ist dann in all-gemeiner Gefahr dieselbe wie früher, ja in mancher Beziehung z. B. in Bezug auf die Kohlen in der Kohlenverfügungswirtschaft ist heute noch leichter, als sie es vor dem Krieg war. Im Jahre 1913 konsumierte nämlich Oberschlesien im ganzen 13,6 Millionen Tonnen Steinkohle, Niederschlesien 5,5 Millionen Tonnen. Im Jahre 1926 produzierte Niederschlesien fast die

gleiche Menge, während von Oberschlesien West-Oberschlesien 17,6 Millionen Tonnen und Ost-Oberschlesien 25,8 Millionen Tonnen produziert, also ganz Oberschlesien 43,4 Millionen Tonnen. Außerdem aber hat in dieser Zeit die Braunkohlenproduktion Niederschlesiens stark zugenommen. Sie betrug im Jahre 1910 1,20 Millionen Tonnen, 1926 2,3 Millionen Tonnen. Es stehen also Niederschlesien heute größere Kohlenmengen als vor dem Kriege in unmittelbarer Nähe zum Bezug zur Verfügung, sobald Deutschland diese Kohle nur herbeiführt.

Charakteristisch an der ganzen Sache ist nun, daß gegen dieses freie Herbeiführen der Kohle, die die Provinz Niederschlesien braucht, in bestimmten Wirtschaftskreisen der Provinz leicht lebhafter Widerstand besteht. Es ist es einmal die niederschlesische Landwirtschaft, die der Einfuhr von Agrarprodukten aus Polen und damit der möglichst billigen Versorgung Niederschlesiens mit Nahrungsmitteln widersteht. Sodann ist es der ostoberschlesische Kohlenbergbau, der von der ostoberschlesischen Konkurrenz schweren Schaden fürchtet. Es gibt eben in der Provinz Niederschlesien Wirtschaftskreise, die aus der Gebietsabtretung noch gewisse Vorteile ziehen wollen. Sie möchten durch die Schließung der Grenzen erreichen, daß die Gebietsabtretungen ihnen eine Konkurrenz vom Falle schaffen, die sie früher bilden würden, weil die Konkurrenten im Inland wohnen. Das sind natürlich ganz unberechtigte Forderungen. Ihnen darf es so weniger nachgegeben werden, als nur durch die Zulassung der polnischen Einfuhr nach Niederschlesien auch die Abnahmmöglichkeiten für die niederschlesische Industrie im Ausland gegeben werden können. Denn jeder Handel beruht auf Gegenseitigkeit, und ein Land, dem man Waren nicht abnimmt, ist auch nicht bereit, einem selbst Waren abzunehmen. Es bestehen also tatsächlich zwischen den verschiedenen Wirtschaftskreisen in Niederschlesien in Bezug auf das handelspolitische Verhältnis zum Ausland nicht unüberbrückbare Gegensätze. Diese Gegensätze müßten zuerst beseitigt werden, wenn die niederschlesische Wirtschaft ein Sanierungsprogramm für sich aufstellen will. Andererseits ist die Vereinfachung dieser Gegensätze durchaus möglich. Z. B. ist es durchaus möglich, dem ostoberschlesischen Kohlenbergbau durch entsprechende Maßnahmen auf anderen Gebieten diejenigen wirtschaftlichen Erleichterungen zu verschaffen, die notwendig sind, damit er wieder mit der ostoberschlesischen Kohle konkurrieren kann wenn sie wieder nach Niederschlesien herbeigeführt wird. Es ist dazu nur notwendig, daß die im Gang befindliche Sanierung des Waldenburger Kohlenreviers energisch durchgeführt wird und daß durch die entsprechende Verkehrs- und Frachtenpolitik für dieses Bergbaugebiet die Transportkosten der abzuführenden Kohle verringert werden.

Findet diese Vereinfachung nicht statt, so ist ein solches Programm natürlich auf keine und lediglich auf örtliche Wirkungen berechnete Vorschläge angewiesen. Und das ist denn auch tatsächlich bei dem vorliegenden Verkehrsprogramm in mehreren Punkten zu beobachten. Die Vorschläge des Verkehrsprogramms sind zum Teil dergestalt, daß sie lediglich lokalen Einzelinteressen gerecht werden. Am deutlichsten tritt das in der Entscheidung bei den Vorschlägen über den Ausbau des Eisenbahnnetzes Niederschlesiens. Wenn man die geforderten Eisenbahnbauten (von Brieg nach Ranslau, von Ranslau nach Groß-Wartenberg und Neumittelswalde, Herstellung eines Anschlusses der Bahn Gubrau-Sabornitz an die Staatsbahn in Herrnsdorf, Fortführung der Bahn über Gubrau hinaus nach Westen über Graustadt) im Zusammenhang mit dem bestehenden Bahnnetz betrachtet, so muß man zu der Auffassung kommen, daß hier lediglich lokale Interessen der von dieser Bahn durchzogenen Gebiete (und zwar Interessen, die auf eine bloße Verbesserung des lokalen Verkehrs gehen) geltend gemacht werden soll, daß aber nicht die Interessen der gesamten niederschlesischen Wirtschaft für diese Vorschläge entscheidend gewesen sind. Ja, es steht ja so aus, als wolle man eine Bahn bauen, die den niederschlesischen Teil einer von Schneidemühl an die frühere Provinz Posen herumgelegten Grenzbahn bildet, d. h. einer Bahn, die die vertikale zur Grenze laufenden Bahnverbindungen der Grenze entlang untereinander verbindet. Eine solche Bahn hätte aber wirtschaftlich keinen besonderen Lebenszweck; ihr Lebenszweck wäre rein strategisch. Es würde sich hier in erster Linie um eine Maßnahme handeln, die die Grenzprovinzen gegen Polen in einen besseren Verteidigungszustand versetzt. Man kann darüber streiten, ob ein solcher Ausbau des deutschen Bahnnetzes an der polnischen Grenze unter dem Gesichtspunkt der Landesverteidigung nötig ist (wir wollen offen zugeben, daß wir sie nicht für nötig halten). Jedemfalls darf aber eine solche Bahn nicht für eine Maßnahme zur Hebung der niederschlesischen Wirtschaft oder überhaupt zur wirtschaftlichen Hebung dieser Randgebiete ausgegeben werden und sie gehört deshalb auch nicht in ein zu solchen Zwecken verfaßtes niederschlesisches Verkehrsprogramm. Ein Blick auf die Karte zeigt überdies, daß ein besserer Anschluß des niederschlesischen Wirtschaftsgebietes an das Reich hierdurch nicht hergestellt wird. Dafür ist viel wichtiger der Ausbau der bereits vorhandenen Linie Breslau-Glogau-Kothenburg-Reppen-Küstrin-Steinitz, die den Verkehr Niederschlesiens nach dem Meer vermittelt und deren Ausbau daher Niederschlesien enger an das Meer anschließen würde. Außerdem wäre dieser Ausbau weit billiger, denn es würde sich hier nur um den Ausbau einer vorhandenen Strecke handeln, während die geforderten Strecken vollkommen neu gebaut werden müßten.

Natürlich ist es notwendig, daß auch den Grenzkreisen verteidigungspolitisch geholfen wird, zumal die Querverbindungen in ihnen durch die neue Grenzführung zum großen Teil zerstört sind. Aber diesen lokalen Verkehrsbedürfnissen der Grenzkreise kann auch durch die Schaffung von Personenkraftlinien und von Autobuslinien Genüge getan werden, zumal die Errichtung von Autobuslinien viel billiger ist als der Bau von Bahnen. Ein engerer Anschluß des niederschlesischen Wirtschaftsgebietes an die großen Absatzgebiete im Deutschen Reich wird jedenfalls durch diese Neubauten nicht geschaffen. Dießem Zwecke allein der Ausbau der Linie nach Steinitz diene. Wollte man noch ein übriges auf diesem Gebiete tun, so müßte die niederschlesische Wirtschaft für den Bau einer Linie außerhalb Niederschlesiens, nämlich ungefähr von Guben über Schmöllern nach Friedeberg-Dietrichen, weil dadurch der Schienenweg nach Ostpreußen verkürzt würde, indem es Niederschlesien enger an die große Strecke Berlin-Küstrin-Schneidemühl anschließen würde.

Nun steht das Verkehrsprogramm freilich selbst schon den durchgehenden zweigleisigen Ausbau der Oberbahn nach Steinitz vor. Der Fehler liegt aber darin, daß man, anstatt sich auf diese grundlegende Forderung zu beschränken, das Programm mit einer großen Anzahl weiterer Forderungen befüllt, deren Aufstellung die Durchführung der Hauptforderung nur erschweren kann, und wenn überhaupt, so nur die Verkehrsprogramme als auch das später zu behandelnde Siedlungsprogramm darunter leiden, daß sie viel zu viel Forderungen auf einmal aufstellen. Wenn man etwas erreichen will, muß man sich auf die wesentlichen Forderungen beschränken und muß alle Kraft auf deren Errichtung konzentrieren. Es darf bei der Aufstellung eines solchen Programms niemals übersehen werden, daß die Mittel, die der Reichsbahn und dem Reich gegenwärtig zu Verfügung stehen, zur Verfügung liegen, sehr beschränkt sind, und daß der Bahnbau gegenwärtig außerordentlich teuer ist. Köstet doch im Durchschnitt der Bau eines Kilometers Bahnstrecke heute 100 000 Mark.

Das gilt in diesem Falle um so mehr, als neben den bisher genannten Verkehrsverbindungen auch weitere Bahnbauten von dem Verkehrsprogramm verlangt werden. Und zwar sind einzelne dieser Forderungen wesentlich kostbarer als die bisher behandelten. Das gilt vor allen Dingen von der Forderung nach dem Bau einer Hauptstrecke über den Spindlerpaß nach der Tschechoslowakei und von der Forderung nach dem Bau einer Bahn von Centweibern über Reichenau und Heidersdorf nach

Waldchen. Durch diesen Bau würde das Neuroder Kohlenengere Ansehens vor allen Dingen an die Stadt Breslau gewinnen und die Kohlenversorgung Breslaus aus Neuroder sich dadurch wesentlich ebenso verbilligen, wie der Hoch-Neuroder Kohle erleichtert werden. Demgegenüber kann Forderung nach der Errichtung mehrerer Nebenbahnen im Grünberg nur als eine Befehlshaber des Programms angesehen werden, da diese Forderung offensichtlich nur dem Genußkampf der Kreise Grünberg und Freystadt zu dienen beruht.

## Randkreis Breslau, Neumarkt

### Kommunale Schulangelegenheiten im Kreis Breslau

In Steina fand am Sonntag vormittag die letzte Tagung vom Unterbezirk vorgesehenen Reihe kommunalpolitischer Zusammenkünfte statt. Der Mann war nämlich Konrad Wobeler-Kretzer hielt ein lehrreiches Referat über „Einnahmen und Ausgaben einer Gemeinde.“ Er stellte seinen Ausführungen voran, daß die großen politischen Entscheidungen des Jahres auch die kommunale Finanzwirtschaft sehr bedingt werden. Es gilt, den endgültigen Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden zu schaffen, d. h. die Höhe der Rückweisungen festzulegen, die den Gemeinden aus ihrem Staatseinkommen wieder zufließen.

Die Frage des Gemeinde-Etats ist heute ein großes Problem. Der Staat hat den Gemeinden die Haupterwerbsquellen genommen, ihnen dagegen erhöhte Verpflichtungen zugewiesen, die zu Einnahmen in keinem Verhältnis stehen. Früher lagen die Einnahmen nach dem Ausgabebedarf richtig, heute müssen wir Ausgabenstand mit den Einnahmen in Einklang bringen.

Der Haushaltsplan einer Gemeinde wird Gemeindehaushalt aufgestellt und liegt zwei Wochen offen aus, ehe er von der Gemeindevertretung kommt. Es empfiehlt sich für unsere Genossen die Prüfung des Etats schon vorzunehmend während er ausliegt.

Besonderer Beachtung bedarf für uns der Titel „öffentliche Fürsorge.“ Den wirklich Bedürftigen sichtbar zu helfen, ist Hauptaufgabe sozialdemokratischer Gemeindepolitik.

Die Einnahmen im Gemeindefat zerfallen in drei Gruppen:

1. Ueberweisungen des Staates aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer. Die Ueberweisungen zum Gesamtetat nicht in dem Verhältnis, wie der „Einkommensteuer“ in der Vorkriegszeit. Damals hatten Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Staatseinkommensteuer. Die Ueberweisung ist aber jetzt als große soziale Ungerechtigkeit der Armen am meisten trifft, nicht zu wünschen. Gebührende Ueberweisungen durch den Staat ist die Forderung. A 0 r s t e r s t e u e r wird nur dort rücküberwiehen, wo welche kommt. Das gilt längst nicht in allen Gemeinden. Weiter leidet der Staat noch Zuschüsse zum Schulwesen (Staatl. Beihilfengeld); sie kommen jedoch nicht zur Auszahlung, sondern nur auf die Schullasten der Gemeinde angesetzt. Auf 80 R e n t e fällt immer eine Schulstelle. Wir haben im Interesse der Bildung der Arbeiterkinder die Schulstellen immer möglichst zu halten.

2. In zweiter Linie kommen Einnahmen aus dem Anlagesteuer zur Grundvermögenssteuer. Hier ist allerdings Vorsicht geboten. Bei Wohngrundstücken kann jeder Zuschlag die Grundvermögenssteuer, der 100 Prozent überschreitet, Niefern aufgebürdet werden. Eine ausschließliche Kommunalsteuer ist jetzt die Gewerbesteuer.

3. Kleinere Einnahmen bilden eine dritte Gruppe: Anlagengrunderwerbsteuer, Hundesteuer, Grabstellenkosten gehören hierher. Bei letzteren empfiehlt sich eine soziale Staffelform, am besten 0,5 von dem Werte der zur Aufstellung kommenden Denkmale oder Kreuzen. Auch Einnahmen aus Gemeindefest sind noch zu erwähnen.

Sehr viel reichhaltiger ist die Ausgabe Seite. Hier steht zuerst die Ausgaben für die Verwaltung, Aufwandsentschädigung oder Gehalt des Gemeindevorstandes. In Gemeinden über 3000 E w o h n e r n ist der Vorsteher fest besoldet. In dieser Hinsicht soll unsere Genossen nicht knausern; denn der Gemeindevorsteher in schlechter Bezahlung keinen Entschuldigungsgrund für unlangwierige Arbeit haben. Die Frage der Schulbildung ist ebenfalls wichtig. Durch die Aufwertung ist hier in manchen Gemeinden eine Last entstanden, für die zunächst keine Deckung vorgehen war.

Von den staatlichen Ueberweisungen aus der Einkommensteuer bleiben beim Kreis 35 Prozent. Die Realsteuern dagegen geben zu 85 Prozent an den Kreis. Diese beiden Posten erscheinen in Ausgabe für den Kreis.

Eine weitere erhebliche Ausgabe entsteht für die Schule für die Fortbildungsschulen und für Lehr- und Lernmittel. Hier ist Kleinigkeit nicht am Platze. Entsprechend dem Ausbau der Schullehre sollen wir die Mittel Jahr um Jahr zu steigern versuchen. Auch Kosten für etwa notwendige Vertretung von Lehrkräften soll man vorzichtig absehen. Von den übrigen Ausgabenposten hat nur die öffentliche Fürsorge von besonderer Bedeutung; im Hinblick auf die schwachen Kräfte der Gemeinden hat sich der Kreis dieser Aufgabe besonders angenommen. Die Ausgabe ist sehr groß, jedoch ein besonders demütiges Geld für uns.

Die anstehenden Darlegungen führten zu einer lebhaften Aussprache, in deren Verlauf über häufige bürokratische Hemmnisse bei der Breslauer Regierung beklagt und größere Anteilnahme der Arbeiterpartei an kulturellen Fragen verlangt wurde. Die Konferenz dürfte erhellendes Interesse für die Frage sozialistischer Tagesarbeit in den Kommunen wahrgenommen haben.

Gniewitz. Die Kraftpost Gniewitz-Breslau verkehrt vom 15. Dezember ab wie folgt: ab G a s t h a u s B ä h o l d täglich 7 Uhr, werktäglich 14 Uhr, Sonntags 19,30 Uhr; a B r e s l a u, K o m i t 2, 5 5 f.: werktäglich 11 Uhr und 20 Uhr, Sonntags 8,10 Uhr und 23,15 Uhr.

## Breslauer Produktenbörsen vom 10. Dezember

Wöchentliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 10. Dezember 1927 gezahlten Preise in Reichsmark bei 100 Kilogramm (man hat Kartoffeln alle der Kreuzerpreise) r a d i f r e s l a u in vollen Wagenladungen. Tendenz: Getreide: Bis auf Gerste weiter matt. — Reich: Schwächer. — Sämereien: Ruhig.

Getreide:	Sachl.: amtlich		Notierungen (100 kg)	
	10	9	10	9
Weizen 74 kg.)	25,50	25,70	Winterweizen*	—
Roggen 71 .)	25,20	25,70	Leinamen*	34,00
Hafer*	20,00	20,10	Sensamen*	37,00
Strawpflanze, gute	27,00	27,00	Senfsamen*	35,00
Grangasse**	25,00	25,00	Blumenb.*	72,00
Industrieernte			* Weizen Art und Güte.	
einheitl. Warena	22,00	22,00		

Wöchentliche Notierungen über Viehhändlerangelegenheiten (je 100 kg)

Getreide:	Sachl.: amtlich		Notierungen (100 kg)	
	10	9	10	9
Weizenmehl	36,00	36,25	Ausgangsmehl	41,75
Roggenmehl	33,00	36,75		42,00

Die Preise beziehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70. Preise für andere Sorten werden später bekannt.

Sämereien, Landware (für 60 kg)

Landw.: amtlich	Durchschnittswerte (1000 kg) (gerundet)		Landw.: amtlich	Durchschnittswerte (1000 kg) (gerundet)	
	75,00	69,00		15,00	25,00
Hafer	—	—	Linum	—	—
als poln.	—	—	Leinamen	—	—
Reisfette	—	—	Wazze, 4000	—	—
Schweinfette	70,00	90,00	Wazze	—	—
Schmalz	—	—	Sensamen	—	—
Insammasie	—	—	Sensamen	—	—

Sämereien in besserer Qualität, Futter, sowie mit gewöhnlicher Reife- und Reifezeit entsprechend höher.

Alle letzte Ende und aus ündliche Sänten, außer Luzerne.